

Blick auf die Pariser Friedensverträge und die damit einhergehenden »unerwarteten und nicht einkalkulierten Reparationsverpflichtungen«² ein schwieriges Unterfangen. Beide Staaten kämpften nach dem Krieg mit einer nie dagewesenen Geldentwertung und standen vor schweren wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Zwischen 1918 und 1924 taumelten die Hauptstädte von einer Krise in die nächste. Während das Alltagsleben in Berlin von Unruhen, Streiks und Lebensmittelkrawallen bestimmt wurde, sah sich Wien mit einer unaufhörlich wachsenden Hungersnot konfrontiert. Auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung ging der Krieg für die Mehrheit der Berliner und Wiener in eine Verlängerung.³ Die öffentliche Massenverpflegung behielt ihre Daseinsberechtigung. Nicht zuletzt durch das Einsetzen ausländischer Hilfsaktionen trugen die Massenküchen auch in der Nachkriegszeit zum Überleben zahlreicher Großstädter bei.

1| Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

1.1 Rebellierende Städte: Revolutionen und Republikgründungen

Der revolutionäre Umbruch in Österreich wurde am 30. Oktober 1918 mit einer Massenkundgebung in Wien, der »stürmisch verlaufende Soldatendemonstrationen«⁴ folgten, eingeleitet. »Angespornt von den Ereignissen in Russland, marschierten sogenannte Rote Garden durch die Stadt und zogen linke Intellektuelle [...] ebenso in ihren Bann wie radikalisierte Soldaten und Arbeiter.«⁵ Die halbverhungerten Massen der bewaffneten Frontheimkehrer, unzufriedenen Arbeitslosen, gebrochenen Kriegsinvaliden und erschöpften Kriegshinterbliebenen forderten ein Ende des massenvernichtenden Krieges und des Hungers, verlangten die Abdankung des Kaisers und die Gründung einer Republik. Der gänzliche Zusammenbruch der militärischen Disziplin und das Aufbegehren der Bevölkerung, das über Wien hinaus weite Teile des österreichischen (und ungarischen) Hinterlandes erfasste, waren in Anbetracht der jahrelang anhaltenden Not und Entbehrungen keine plötzlich auftretende Erscheinung. Der Jännerstreik zu Beginn des Jahres 1918 kündigte bereits an, was der Habsburgermonarchie in den letzten Monaten ihres Bestehens noch bevorstehen sollte. So markierten die Streikentwicklungen im Januar »den Beginn einer österreichischen Rätebewegung und bedeuteten den Auftakt zu einer inneren Destabilisierung des Staates. Es folgten Meutereien in der Marine, welche die Demobilisierung der Truppen bis zum Oktober/November antrieben, dazu kamen weitere Streikwellen in Niederösterreich und Wien.«⁶ In Anbetracht des Zustands der

Wien und das sachliche Berlin«, in: WARREN, John und Ulrike ZITZLSPERGER (Hg.), *Vienna Meets Berlin. Cultural Interaction 1918–1933*, Bern 2005, S. 185–197, hier S. 185.

2 KILIAN, *Die unbekannte Winterhilfe*, S. 34.

3 Vgl. PROCTOR, *Civilians*, S. 110. Sowie DAVIS, *Home Fires*, S. 238. WINTER, Jay und Jean-Louis ROBERT: »Conclusions: towards a social history of capital cities at war«, in: DIES., *Capital Cities*, Vol. 1, S. 527–554, hier S. 539f.

4 MADERTHANER, *Von der Zeit*, S. 341.

5 GERWARTH, Robert: *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, München 2016, S. 143.

6 STANGL, Andrea: »Wir hatten den Streik als eine große revolutionäre Demonstration gewollt.« Die Sozialdemokratie und der Jännerstreik«, in: *Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im*

k.u.k. Armee, die nicht nur schlecht mit Waffen, Munition und Nahrungsmitteln versorgt, sondern spätestens auch seit der gescheiterten Offensive am Piave im Juni 1918 in Auflösung begriffen war, sahen sich Kaiser KARL I. und die Habsburgerregierung im Herbst gezwungen, sich auf einen Frieden mit den Entente-Mächten zu verständigen. Beim militärischen Zusammenbruch allein blieb es nicht, denn zeitgleich befand sich der Vielvölkerstaat auch im Innern im Zerfallsprozess. Ermutigt durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow WILSON (1856–1924), der seine Unterstützung für die Befreiung aller slawischen Völker von der österreich-ungarischen und deutschen Herrschaft erklärte, sagten sich die nicht-deutschen Völker im Laufe des Oktobers nach und nach von der Doppelmonarchie los. Es bildeten sich, so Hans MAGENSCHAB, »sogenannte Nationalräte, die in den Großstädten der Monarchie unabhängige Staaten ausriefen – in Prag eine Republik der Tschechen und Slowaken, am Balkan für ein Reich der Serben, Kroaten und Slowenen. Schließlich fiel auch Ungarn ab [...]«. ⁷

Den Zerfall der alten Ordnung und die Verselbständigung der Staatenbildung konnte der Kaiser auch mit seinem »Völkermanifest« vom 16. Oktober 1918, mit dem er durch die Umwandlung der Monarchie in einen Bundesstaat auf den Zusammenhalt des Reiches zielte, nicht mehr aufhalten. Daran anschließend ergriffen auch die deutschsprachigen Reichstagsabgeordneten der österreichischen Reichshälfte die Initiative und beriefen einen provisorischen »Nationalrat« ein. Mit der »Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich«, die sich am 21. Oktober in Wien konstituierte, entstand ein neuer Staat, der alle mehrheitlich deutschsprachigen Gebiete der Monarchie umfassen sollte. In der Folge wählte die Versammlung einen zwanzigköpfigen Vollzugsausschuss (später »Staatsrat« genannt), der sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzte und de facto die Regierungsgeschäfte übernahm. »Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellten zwar nur eine relativ kleine Gruppe«, erklären PFOSEK und WEIGL, »aber die aktuelle politische Situation gab ihnen großes politisches Gewicht.« ⁸ Es war kein Zufall, dass der Sozialdemokrat Karl RENNER nun die Initiative ergriff und der Provisorischen Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf für den neuen Staat zum Beschluss vorlegte. Dessen Annahme in der Sitzung des 30. Oktobers, dem Tag der »Massenmanifestation« ⁹ in Wien, schloss die Konstituierung des Staates »Deutschösterreich« ab. Zugleich wurde die erste deutschösterreichische Regierung gebildet, die fortan unter RENNER als Leiter der Kanzlei des Staatsrates (später »Staatskanzler«) sämtliche Regierungs- und Vollzugsgewalt im neuen Staat ausübte. Mit den Beschlüssen vom 30. Oktober endete die Rechtskontinuität mit dem alten Staat. Der österreichische Histo-

Internet unter: <https://ww1.habsburger.net/de/kapitel/wir-hatten-den-streik-als-eine-grosse-revolutionaere-demonstration-gewollt-die> (09.09.2019).

- 7 MAGENSCHAB, Hans: Der Große Krieg. Österreich im Ersten Weltkrieg 1914–1918, Innsbruck 2013, S. 245. Andere nicht-deutsche Völker bildeten keine selbstständigen Staaten, sondern schlossen ihre Gebiete wie in den Fällen der polnischen und rumänischen Bevölkerung souveränen Staaten an. Vgl. hierzu u.a PFOSEK/WEIGL, Stunde Null, S. 19f.
- 8 EBD., S. 122. Die Provisorische Nationalversammlung setzte sich gemäß dem Kräfteverhältnis der letzten Reichstagswahl von 1911 aus 101 Deutschnationalen, siebzig Christlichsozialen und 39 Sozialdemokraten zusammen. Vgl. hierzu EBD. Ferner HANISCH, Der lange Schatten, S. 264.
- 9 MADERTHNER, Von der Zeit, S. 341.

riker Ernst HANISCH hebt hervor, was der Austromarxist BAUER als »parlamentarische Revolution«¹⁰ bezeichnete:

»[...] Als Reaktion auf die schwache Stellung des Parlaments in der Monarchie verschob sich nun das politische Schwergewicht auf eine extreme Parlamentsherrschaft. Noch standen sie nebeneinander: der alte Reichsrat und die provisorische Nationalversammlung, das Ministerratspräsidium und die Staatskanzlei, die k.u.k. Ministerien und die neuen Staatsämter. Die Machtübergabe geschah amikal. Noch wurden, wie gewohnt, kaiserliche Orden und Ehrenämter verliehen. Die Frage Republik oder Monarchie blieb vorläufig offen.«¹¹

Nachdem die Demonstrationen auf den Straßen Wiens und Deutschösterreichs in den darauffolgenden Tagen Schwung aufnahmen und sich die Stimmung in der Bevölkerung infolge des »desaströsen Waffenstillstandes« mehr und mehr aufheizte, erreichten die Österreicher die Nachrichten vom Waffenstillstand des Deutschen Reiches, von den revolutionären Ereignissen in Berlin, die zur Abdankung Kaiser WILHELMS II. führten, und schließlich von der Ausrufung der deutschen Republik am 9. November 1918. Jetzt schlug aus Sicht der deutschösterreichischen Regierung die Stunde zur Proklamation der Republik Deutschösterreich. Schon zwei Tage später, am 11. November, erklärte Kaiser KARL I. widerwillig seinen Verzicht auf die Fortführung der Staatsgeschäfte. Am Tag darauf beschloss die provisorische Nationalversammlung die Ausrufung der Republik und den Anschluss an das Deutsche Reich.¹² Zur Tragweite der Entscheidungen vom 12. November resümierte BAUER:

»Der Gesetzesbeschluß dieses Tages faßte die Ergebnisse der großen Umwälzung zusammen. Er schloß die demokratische Revolution ab: er erklärte Deutschösterreich zur demokratischen Republik, übertrug alle Rechte des Kaisers dem Staatsrat, erklärte alle Vorrechte der Familie Habsburg für aufgehoben, alle auf politische Privilegien gegründeten Körperschaften – die Delegationen, das Herrenhaus, die auf Grund des Zensuswahlrechtes gewählten Landtage und Gemeindevertretungen – für aufgelöst, er ordnete die Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung und die Neuwahl der Landes- und der Gemeindevertretungen auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes auf Grund der Verhältnismahl an. Die Republik, die Zertrümmerung der plutokratischen Wahlrechtsprivilegien in den Ländern und in den Gemeinden, das Frauen Wahlrecht [sic!], der Proporz waren die Errungenschaften der demokratischen Revolution. Zugleich zog derselbe

10 BAUER, Otto: »§ 14. Der Kampf um die Institutionen der Republik«, in: DERS., Die österreichische Revolution, Viertes Buch – Die Zeit des Gleichgewichts der Klassenkräfte, Wien 1923, transkribiert und digitalisiert durch das MARXISTS' INTERNET ARCHIVE. Im Internet unter: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1923/oesterrev/14-institutionen.html> (11.09. 2019).

11 HANISCH, Der lange Schatten, S. 266. Vgl. auch PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 123.

12 Vgl. MERTENS, Weiskirchner, S. 197. Ferner STANGL, Andrea: »Der 12. November« in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://www.habsburger.net/de/kapitel/der-12-november-1918> (11.09.2019).

Gesetzesbeschluß die letzte Folgerung aus der nationalen Revolution: ›Deutschösterreich‹, erklärte der Artikel 2, ›ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.«¹³

Zwar sollten die Alliierten den Anschluss Österreichs an Deutschland, der vermeintlich »einzige Ausweg aus den vielen Nöten, welche die Republik bedrohten«¹⁴, in der Zukunft blockieren, doch für den Moment siegte in dem kleinen »Reststaat« des einstigen Riesenreiches die Demokratie über die Monarchie. Noch am Nachmittag dieses »welthistorischen Tages«¹⁵ versammelte sich rund um das Parlament an der Wiener Ringstraße eine Menschenmenge, als der amtierende deutschnationale Präsident der Provisorischen Nationalversammlung Franz DINGHOFER (1873–1956) in Begleitung seines sozialdemokratischen Präsidentenkollegen Karl SEITZ (1869–1950) von der Parlamentsrampe aus die Republik Deutschösterreich verkündete.

Für Wien läutete die Republikgründung eine neue Ära ein. Nach Jahrhunderten, in denen die Stadt einen Mittelpunkt der europäischen Geschichte darstellte, habe sie, wie Jean-Paul BLED darlegt, von einem Tag auf den anderen ihre Stellung als Metropole eines ausgedehnten politischen Gemeinwesens verloren und war fortan als Hauptstadt eines kleinen Staates auf der Suche nach ihrer Identität.¹⁶ Im Herbst 1918 herrschte im kriegsgebeutelten Wien Endzeitstimmung. Die dramatische Versorgungslage und die um sich greifende Spanische Grippe nährten die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit unter den Einwohnern. Neben Elend und Not trat die Ungewissheit über die Zukunft des neuen Staates, die mit Blick auf die anstehenden Friedensverhandlungen in den Händen der Siegermächte lag. Mit dem 12. November kam bei vielen Zeitgenossen aber auch eine gewisse Aufbruchstimmung auf. Infolge der Gründung der Alpenrepublik wurden Mut und Zuversicht auf bessere Zeiten geschöpft. Damit verbunden besaßen das Zauberwort »Sozialismus« und die ihm innewohnenden Versprechen eine enorme Anziehungskraft. Demzufolge waren die Erwartungen an die erstarkte Sozialdemokratie, die nun – organisatorisch bestens gerüstet – in politischer Verantwortung war, hoch. Die verheerenden Bürgerkriegsverhältnisse in Russland seit der gewaltsamen Machtübernahme der Bolschewiki im Oktober 1917 vor Augen setzten sich die Sozialdemokraten zum Ziel, ihre sozialpolitische Agenda durch parlamentarische Reformen auf den Weg zu bringen. Das jedoch entsprach nicht den Vorstellungen der radikalen Arbeiter- und Soldatenräte, die seit ihrer Entstehung infolge des Jännerstreiks die basisdemokratische Mitgestaltung der Politik forderten und nach dem Vorbild der russischen Oktoberrevolution die sozialistische Republik auf revolutionärem Weg schaffen wollten. Angesichts der Schwäche

13 BAUER, Otto: »§ 7. Die deutschösterreichische Republik«, in: DERS., Die österreichische Revolution, Zweiter Abschnitt – Der Umsturz, Wien 1923, transkribiert und digitalisiert durch das MARXISTS' INTERNET ARCHIVE. Im Internet unter: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1923/oest/errev/07-republik.html> (11.09.2019). Vgl. auch PFOSER/WEIGL, Stunde Null, S. 123.

14 HANISCH, Der lange Schatten, S. 267.

15 SCHNITZLER, Arthur: Tagebuch 1879–1931, Wien 1985, hier Eintrag vom 12. November 1918, transkribiert und digitalisiert durch das Austrian Centre for Digital Humanities (ACDH) und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Im Internet unter: https://schnitzler-tagebuch.acdh.oeaw.ac.at/entry__1918-11-12.html (11.09.2019).

16 Vgl. BLED, Wien, S. 389.

des Militärs und der chaotischen Zustände im Land hätte die österreichische Arbeiterbewegung auch nach der Republikgründung jederzeit eine Rätediktatur errichten können.¹⁷ Die Einbindung der revolutionär eingestellten Rätebewegung und der hinter ihr stehenden Massen in den politischen Prozess war, wie sich im weiteren Verlauf der österreichischen Revolution zeigte, nur eine der großen Herausforderungen, denen sich die österreichische Sozialdemokratie während der Gründungsjahre der Ersten Republik stellen musste. Mit ihrer neuen Rolle als politische Führungskraft im neugegründeten Staat waren die österreichischen Genossen nicht allein, denn auch in Deutschland fiel der Sozialdemokratie im Zuge der Novemberrevolution die politische Führung zu. Obwohl die Umsturzereignisse in Österreich-Ungarn in einem, wie Robert GERWARTH hervorhebt, »weitaus komplizierteren multinationalen Kontext stattfanden«¹⁸, weisen die politischen Entwicklungen in den beiden Nachbarstaaten während der Revolutionsperiode 1918/19 viele Parallelen auf.¹⁹

So ging das Ende der militärischen Kampfhandlungen auch im Deutschen Reich mit dem Umsturz im Inneren einher. Wie die Donaumetropole stand die deutsche Hauptstadt im Herbst 1918 bald im Mittelpunkt der revolutionären Umgestaltung Deutschlands in eine moderne Republik. Auch sind die revolutionären Ereignisse des 9. Novembers in erster Linie auf die militärische Unterlegenheit der schlecht gepflegten deutschen Divisionen an der Westfront während der letzten Kriegsmomente zurückzuführen. Hunderttausende Soldaten gaben nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensiven von 1918 die Hoffnung auf einen Sieg auf und versuchten der Front zu entkommen.²⁰ Hierbei wirkte Berlin auf zahlreiche Deserteure und Heimkehrer wie ein Magnet, was einerseits auf die verkehrsgünstige Lage der Hauptstadt und andererseits auf die vielen »Unterschlupfmöglichkeiten« der Metropole zurückzuführen war. Ein großer Teil der zurückkehrenden Soldaten sehnte sich nach Frieden und war bereit, »alles, was das Ende des Krieges zu versprechen schien, nachhaltig zu unterstützen«²¹. Ende September gestand schließlich auch die Oberste Heeresleitung die Niederlage ein. Der endgültige Zusammenbruch des Westheeres sollte durch die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen verhindert werden. Um das Wohlwollen WILSONS für einen Verständigungsfrieden zu gewinnen, drängte die OHL WILHELM II. (1859–1941) dazu, per Dekret die Demokratie in Deutschland einzuführen und den Übergang zu einer parlamentarischen Monarchie einzuleiten.²² Doch es vergingen noch Wochen, ehe die Anfang Oktober neugebildete

17 Vgl. PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 175.

18 GERWARTH, *Die Besiegten*, S. 140.

19 Eine vergleichende Darstellung der revolutionären Veränderungen in Österreich-Ungarn und Deutschland hat Francis L. CARSTEN vorgelegt. Siehe hierzu DERS., *Revolution in Mitteleuropa 1918–1919*, Köln 1973. Der umfassende Vergleich der beiden Revolutionen, die jeweils unterschiedlichen Imperativen folgten, liefert insgesamt jedoch mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Vgl. hierzu MÜNKLER, Herfried: *Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918*, Bonn 2014, S. 729.

20 Vgl. NEITZEL, Sönke: *Weltkrieg und Revolution 1914–1918/19*, Bonn 2011, S. 147f.

21 KÖHLER, Berlin, S. 797.

22 Vgl. GÖRTEMAKER, Manfred: »Zwischen den Kriegen. Revolution, Reaktion, Republik«, in: DERS. (Hg.), *Weimar in Berlin. Porträt einer Epoche*, Berlin 2002, S. 10–35, hier S. 10.

parlamentarische Regierung²³ unter Prinz Max von BADEN (1867–1929) den Waffenstillstand mit den Alliierten vereinbaren konnte. In der Zwischenzeit herrschte Ungewissheit darüber, ob es nicht doch zu einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen kommen würde. »Große Teile der Bevölkerung«, so NEITZEL, »waren nicht länger bereit, Krieg zu führen. Sie wollten den Frieden, und zwar schnell.«²⁴ Anders als in Österreich nahm die deutsche Revolution ihren Ausgangspunkt nicht in der Hauptstadt, sondern in der Provinz.²⁵ Es war der Kieler Matrosenaufstand²⁶ vom 3. November, von dem aus die Unruhen auf weitere norddeutsche Städte übergriffen. Innerhalb kürzester Zeit organisierten sich die kriegsmüden Massen im ganzen Reich:

»Wie von einem Sturmwind angefacht sprang der revolutionäre Funke von den Hafencities ins Landesinnere über. Von Kiel bis München, von Köln bis Breslau, zuletzt in Berlin begehrten Soldaten und Arbeiter auf gegen die Obrigkeit und den Militarismus, motiviert von dem Verlangen nach Frieden, Freiheit, Brot und getragen von der Hoffnung, dass nun alles anders und besser würde.«²⁷

Überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die die Macht in den Regierungsbehörden ohne Gegenwehr übernahmen. Am 9. November, als die Revolution die Reichshauptstadt erfasste, verschwanden die Stützen der alten Ordnung innerhalb eines Tages schließlich ganz von der Bildfläche.²⁸ Der Tag begann mit machtvollen Demonstrationen der Arbeiterschaft, die ihre Betriebe verließen und unterstützt von Soldaten und kriegsüberdrüssigen Berlinern in Richtung des Parlaments- und Regierungsviertels marschierten. In Berlin, der Hochburg der Linken, wo die Gegensätze innerhalb der Arbeiterbewegung seit der zweiten Kriegshälfte stärker als andernorts in Erscheinung traten, dominierte an diesem Samstag die Einigkeit der Arbeiterschaft. Der (M)SPD²⁹ war es gelungen, den überwiegenden Teil der (radikalen) linken Kräfte für die gemäßigte Politik der Mehrheitssozialisten zu gewinnen und sich an die Spitze der Protestbewegung zu stellen.³⁰ Wie ihre österreichischen Genossen wollten die führenden deutschen Sozialdemokraten eine blutige Revolution verhindern. Sie strebten einen friedlichen Übergang zum Volksstaat an:

23 Mit ihrer Ernennung wurde das Deutsche Reich in den letzten Wochen seines Bestehens in eine parlamentarische Monarchie umgewandelt. Den Oberbefehl über die Armee hatte nicht mehr der Kaiser, sondern die Regierung inne. Es handelte sich einerseits um die letzte Regierung des Kaiserreichs und andererseits um die erste Reichsregierung unter Beteiligung der Sozialdemokratie.

24 NEITZEL, *Weltkrieg*, S. 155.

25 Vgl. WIRSCHING, Andreas: *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2000, S. 3.

26 Trotz der in Gang gesetzten Waffenstillstandsverständigungen sollte die in Wilhelmshaven gelegene deutsche Hochseeflotte auf eigenmächtiges Betreiben der Admiralität in die letzte große Schlacht ziehen. Die kriegsmüden Matrosen waren jedoch nicht bereit, sich auf die »geplante Todesfahrt« zu begeben und verweigerten den Befehl der Seekriegsleitung. In der Folge kam es in Kiel zur offenen Rebellion der dorthin verlegten meuternden Matroseneinheiten. Nach kaum mehr als zwei Tagen befand sich die Stadt in den Händen der Aufständischen.

27 POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte*, S. 83.

28 Vgl. KÖHLER, Berlin, S. 799.

29 Die im Folgenden bevorzugt verwendete Abkürzung SPD meint die Mehrheitssozialdemokratie.

30 Hierzu vgl. ausführlich EBD., S. 798ff. Sowie BISKY, Berlin, S. 440ff.

»[...] Die SPD] richtete ihre Politik längst auf reformerische Ziele wie den Aufbau einer parlamentarischen Demokratie, die Einführung des Frauenwahlrechts, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Fabriken und den Ausbau des Sozialstaats. All dies sollte nicht durch einen Umsturz, sondern durch schrittweise Reformen erreicht werden.«³¹

Gemäß ihrer Ablehnung der Machtübernahme nach bolschewistischem Vorbild handelte die SPD in der Stunde der Revolution. Während der Generalstreik und die Demonstrationen am 9. November das öffentliche Leben in der Hauptstadt lahmlegten, gab der letzte kaiserliche Reichskanzler Max von BADEN unter dem Eindruck der Stimmung der Massen eigenmächtig den Thronverzicht WILHELMS II. bekannt und übergab dem SPD-Vorsitzenden Friedrich EBERT (1871–1925) die Regierungsgeschäfte. Im Verlauf des Tages gewannen die Ereignisse weiter an Eigendynamik. Am frühen Nachmittag entschied sich der Sozialdemokrat Philipp SCHEIDEMANN (1865–1939) kurzerhand ohne Autorisierung EBERTS zur Ausrufung der »deutschen Republik«. »Diese Geste«, erklärt Henning KÖHLER, »brachte zum Ausdruck, wovon die meisten Menschen in den Straßen überzeugt waren. Die Monarchie hatte mit der Niederlage ausgespielt, es mußte etwas Neues kommen.«³² SCHEIDEMANN mit seinem wachen Gespür für die Stimmung im Volk sprach aber nicht nur aus, wovon die Mehrheit der demonstrierenden Arbeiter und Soldaten überzeugt war. Mit der spontanen Verkündung der Republik vom Balkon des Reichstagsgebäudes kam SCHEIDEMANN zugleich den Plänen Karl LIEBKNECHTS und des Spartakusbundes zuvor, eine Räterepublik zu proklamieren.

Die moderate SPD konnte ihre führende Rolle im revolutionären Geschehen behaupten. Unter dem Druck der Volksbewegung wusste EBERT jedoch um die Notwendigkeit der Einbindung der linksstehenden Kräfte und bot der Unabhängigen Sozialdemokratie die Bildung einer gemeinsamen, paritätisch zusammengesetzten Regierung an.³³ Durch die Einbeziehung der USPD in die Regierungsverantwortung konnte der Umsturzbeziehung viel von ihrer potentiellen Wirkungskraft genommen werden.³⁴ So bildete sich am 10. November in der Reichskanzlei der so genannte sechsköpfige »Rat der Volksbeauftragten«, der sich unter Führung von EBERT und dem Unabhängigen Hugo HAASE (1863–1919) aus Vertretern der beiden »Arbeiterparteien« zusammensetzte. Noch am selben Tag wurde die Revolutionsregierung, auf die nun alle Entscheidungsbefugnisse übergangen, von einer Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte bestätigt.³⁵ Auch von den Vertretern der alten Ordnung, d.h. von der Beamenschaft, Verwaltung und vom Militär, wurde diese anerkannt. Dies lag nicht zuletzt auch daran, dass

31 GERWARTH, Die Besiegten, S. 137.

32 KÖHLER, Berlin, S. 798. Vgl. auch WINKLER, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin 1985, S. 49.

33 Vgl. KOLB, Eberhard und Dirk SCHUMANN: Die Weimarer Republik, München 2013, S. 7.

34 Vgl. NEITZEL, Weltkrieg, S. 158.

35 Letztere schossen in weiten Teilen des Landes wie Pilze aus dem Boden. »Ihre Entstehung beruhte«, wie KÖHLER darlegt, »nicht auf einem formalisierten Verfahren mit Gründungsversammlung, Wahlen, Abstimmungen, sondern es war eine Bildung aus »revolutionärer« Wurzel.« KÖHLER zufolge waren die Räte keine politische Kraft. Ebenso stellten sie kein neues politisches Potential dar, denn auch in den Reihen der Arbeiter- und Soldatenräte »hielten die etablierten sozialistischen Parteien und ihre Führer die Dinge im Griff und kamen überein, die Macht gemeinsam auszuüben

sich der Rat der Volksbeauftragten aus seinem tief verwurzelten Demokratieverständnis heraus nur als ein Provisorium für die revolutionäre Umbruchsperiode verstand.³⁶ In Anbetracht der Situation, in der sich Deutschland als Verlierer des jüngst zu Ende gegangenen Krieges befand, stand das Kabinett um EBERT vor außerordentlichen Herausforderungen. Zu den drängendsten Problemen gehörten die Demobilisierung mehrerer Millionen Soldaten und die Sicherstellung der Volksernährung. In beiden Bereichen kam die Revolutionsregierung nicht umhin, mit den Trägern der alten Ordnung zu kooperieren und Kompromisse zu finden.³⁷ So wurde der Regierung von Seiten der Militärführung die Loyalität der Streitkräfte zugesichert (EBERT-GROENER-Pakt). Im Gegenzug versprach EBERT die Anerkennung der Befehlsgewalt der Offiziere und das Ergreifen von Maßnahmen gegen den Linksradikalismus. Eine ähnliche Übereinkunft kam auch im wirtschaftlichen Bereich zustande. Führende Gewerkschafter und Unternehmer schlossen ein »Abkommen, in dem die Gewerkschaften zusicherten, die wilden Streiks zu beenden, den Produktionsablauf nicht weiter zu behindern und die Enteignung von Privateigentum zu verhindern«³⁸. Im Gegenzug garantierte die Unternehmerschaft u. a. Tarifverträge, den Alleinvertretungsanspruch der Gewerkschaften als Arbeiternehmervertreter und die Einführung des Achtstundentages. Letzteres, die gesetzliche Festlegung der achtstündigen Höchstarbeitszeit galt bei der arbeitenden Bevölkerung in den darauffolgenden Jahren »als die große Errungenschaft der Revolution«³⁹. Die Sozialdemokratie verwirklichte damit eines ihrer großen traditionellen Ziele. Ein weiteres war die Einführung des allgemeinen und gleichen Verhältniswahlrechts für alle Parlamente, das für Männer und Frauen gleichermaßen galt. Angesichts der widrigen Umstände und der kurzen Zeit, in denen der Rat der Volksbeauftragten die Regierungsverantwortung innehatte, waren seine Leistungen beachtlich:

»Die Not des Augenblicks wurde gelindert, die schlimmsten Folgen des Krieges beseitigt, die Hungersnot bekämpft, die zurückkehrenden Soldaten weitgehend integriert und mit einem Bündel sozialpolitischer Regelungen über Arbeiterschutz, Krankenversicherung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung wichtige Reformen eingeleitet. Die Aufhebung der Zensurbestimmungen und der Ausnahmegesetze war für Sozialdemokraten ein Akt der Selbstverständlichkeit, ebenso wie die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit und Sicherheit der Person.«⁴⁰

und die bestehenden Gegensätze nach Möglichkeit zu überwinden«. KÖHLER, Berlin, S. 800 und S. 802. Ferner WINKLER, Von der Revolution, S. 55ff.

36 Vgl. EBD.

37 Vgl. NEITZEL, Weltkrieg, S. 158. Vgl. hierzu ausführlich auch KOLB/SCHUMANN, Weimarer Republik, S. 11ff.

38 NEITZEL, Weltkrieg, S. 159. Zum »Zentralarbeitsgemeinschafts«-Abkommen bzw. STINNES-LEGIEN-Abkommen vom 15. November 1918, benannt nach dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertreter Carl LEGIEN (1861–1920) und dem führenden Großindustriellen Hugo STINNES (1870–1924) als den beiden Hauptunterzeichnern, vgl. auch GERWARTH, Die Besiegten, S. 139f. Ausführlich auch WINKLER, Von der Revolution, S. 75ff.

39 POTTHOFF/MILLER, Kleine Geschichte, S. 86.

40 EBD. Vgl. hierzu auch WINKLER, Von der Revolution, S. 89ff.

Dieser von POTTHOFF und MILLER gezogenen Bilanz muss in einem Punkt widersprochen werden. Um die Ernährungslage stand es auch Wochen nach der Republikgründung weiterhin »katastrophal schlecht«⁴¹. Trotz dieser positiven Ergebnisse darf außerdem nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Leistungen der Revolutionsregierung weit hinter dem zurückblieben, was sich die Arbeiterschaft von der Revolution erhofft hatte. Von einer umfassend umwälzenden Revolution konnte nicht die Rede sein. Zwar hatte die Regierung eine Reihe wichtiger Maßnahmen wie den Achtsturentag durchsetzen können, doch die Grundlagen von Wirtschaft und Staat wurden nicht angetastet.⁴² Da beiden führenden Parteien qualifiziertes Personal fehlte, um die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit anzupacken, sah sich der Rat der Volksbeauftragten gezwungen, auf die alten monarchistischen Eliten zurückzugreifen. Eine Demokratisierung des öffentlichen Dienstes, des Militärs, der Wirtschaft und wichtiger gesellschaftlicher Einrichtungen hat es nicht gegeben.⁴³ POTTHOFF und MILLER selbst betonen, dass im Grunde genommen alles beim Alten blieb:

»Auf den Landrats- und Bürgermeisterstühlen, in den Schaltstellen der Industrie und der Wirtschaft, auf den Offiziersposten und in den Behörden des Reiches und der Länder saßen, abgesehen von einzelnen Vertretern und ›Kontrolleuren‹ der Arbeiterklasse, immer noch die Repräsentanten des Obrigkeitsstaates und der Militärkaste, der ›Landlords‹ und der Industriebosse.«⁴⁴

Sich selbst als »Konkursverwalter« des alten Reiches betrachtend, beharrte die SPD-Führung auf dem Standpunkt, dass wegweisende verfassungsrechtliche Entscheidungen durch ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Volksparlament getroffen werden sollten. Die Volksbeauftragten der USPD, die angesichts des Ausbleibens umwälzender Sozialisierungsmaßnahmen und der zunehmenden Enttäuschung der Arbeitermassen aus den Reihen des linken Parteiflügels schnell unter Druck gerieten, drängten hingegen auf die rasche Einführung eines Räteystems, das mit einer später zu wählenden Nationalversammlung zusammengeführt werden sollte. Auf dem Reichsrätekongress (16.-20. Dezember 1918), der als höchste revolutionäre Instanz über die Frage der Nationalversammlung entscheiden sollte, traten die gegensätzlichen Positionen der beiden Linksparteien schließlich offen zu Tage. Im Ergebnis setzte die SPD ihre Position mit deutlicher Mehrheit durch: »Der Rat der Volksbeauftragten wurde als provisorische Exekutive und Legislative bis zum Zusammentritt einer Nationalversammlung anerkannt, die zum nächstmöglichen Zeitpunkt – am 19. Januar 1919 – gewählt werden sollte.«⁴⁵ Der Politik der »Konkursverwaltung« widerstrebend und gewillt, den Kontakt zur radikalen Linken aufrechtzuerhalten, drängte der linke Flügel der USPD die Partei daraufhin

41 WITT, Peter-Christian: Friedrich Ebert. Parteiführer, Reichskanzler, Volksbeauftragter, Reichspräsident, Bonn 2014, S. 120.

42 Vgl. WEIPERT, Das Rote Berlin, S. 147.

43 Vgl. hierzu ausführlich WINKLER, Von der Revolution, S. 72ff. Sowie KLUGE, Weimarer Republik, S. 36ff.

44 POTTHOFF/MILLER, Kleine Geschichte, S. 87f. Vgl. auch WEIPERT, Das Rote Berlin, S. 144. Zur Abhängigkeit der Sozialdemokratie vom alten Beamtenapparat und ihre Folgen vgl. WALTER, SPD, S. 53ff.

45 NEITZEL, Weltkrieg, S. 159f. Vgl. auch WIRSCHING, Weimarer Republik, S. 7.

zurück in die Opposition. Die blutig verlaufenden Weihnachtsunruhen⁴⁶ in Berlin nahmen die Unabhängigen schlussendlich zum Anlass, um die Kooperation mit der SPD zu beenden. Die USPD-Volksbeauftragten legten am 29. Dezember ihr Amt nieder. Die SPD stand damit in den Wochen vor der Wahl in alleiniger Regierungsverantwortung. Eine besondere Herausforderung während dieser Zeit waren die bürgerkriegsähnlichen Zustände in der deutschen Hauptstadt. Nachdem der Unabhängige Emil EICHHORN (1863–1925) infolge seiner Unterstützung der Aufständischen während der Weihnachtskämpfe aus dem Amt des Berliner Polizeipräsidenten entlassen wurde, riefen USPD und die am 30. Dezember 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) die Berliner Arbeiterschaft am 5. Januar 1919 zum Widerstand und zum Sturz der Revolutionsregierung auf. Die spontane Aktion geriet rasch außer Kontrolle:

»Bewaffnete Aufständische [...] besetzten das Polizeipräsidium am Alexanderplatz und das Zeitungsviertel im Bereich der Leipziger Straße, Friedrichstraße und Kochstraße sowie andere zentrale Punkte in der Stadt. Kleinere Scharmützel eskalierten zu erbitterten Straßenschlachten, als Verhandlungen mit der Regierung scheiterten und die Aufständischen die Bevölkerung zum Generalstreik aufforderten. Die Regierung antwortete mit der Verhängung des Belagerungszustandes.«⁴⁷

Mit zusammengewürfelten Freikorps-Verbänden schlugen die Volksbeauftragten den sogenannten »Januaraufstand« schließlich am 11./12. Januar blutig nieder. Zahlreiche Menschen wurden verletzt oder starben im Zuge der Straßenkämpfe. Mit den Morden an Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG, der Führungsspitze der KPD, erreichten die gewaltsamen Auseinandersetzungen auch die politische Elite. Die blutige Eskalation markierte einen Wendepunkt und führte, wie WEIPERT darlegt, zu zunehmender Erbitterung innerhalb der Arbeiterschaft:

»Weder die Führer der Linken noch die Sozialdemokraten in der Regierung hatten sich während der Januartage im Sinn der Arbeiterschaft verhalten. Die einen wollten die verbreitete Unzufriedenheit für einen übereilten und deshalb chancenlosen Aufstand nutzen, die anderen gewaltsam beweisen, dass sie die Zügel in der Hand hielten. Beide ignorierten dabei den parteiübergreifenden Willen der Basis, die an solchen Machtkämpfen innerhalb der Arbeiterbewegung nicht interessiert war. Sie wollte vielmehr, dass sich ihre Hoffnungen auf gesellschaftliche Veränderungen endlich, zwei Mona-

46 Nachdem vom Rat der Volksbeauftragten die Reduzierung der Truppenstärke und der Abzug der »Volksmarinedivision«, eine zum Schutz des Regierungsviertels aufgestellte Einheit bewaffneter Matrosen, aus Berlin angeordnet und die Soldforderungen der Matrosen nicht erfüllt wurden, kam es am 23. und 24. Dezember 1918 am Berliner Stadtschloss und am Neuen Marstall zu den sogenannten Weihnachtskämpfen zwischen der Volksmarinedivision und regulären Truppen der Obersten Heeresleitung. Letztere wurde auf Betreiben EBERTS zu Hilfe gerufen und erlitt gegen die von bewaffneten Arbeitern und unbewaffneter Bevölkerung unterstützten Matrosen eine Niederlage. Die Auseinandersetzung offenbarte, dass EBERT die labile Ordnung mit Waffengewalt zu verteidigen bereit war. Auf Seiten der politischen Linken bewirkte die »Blutweihnacht« eine Radikalisierung. Vgl. u.a. NEITZEL, Weltkrieg, S. 160ff. WINKLER, Von der Revolution, S. 109ff.

47 GÖRTEMAKER, Zwischen den Kriegen, S. 11. Umfassendere Schilderungen der Ereignisse des Januaraufstandes liefern WEIPERT, Das Rote Berlin, S. 147ff. Sowie KÖHLER, Berlin, S. 806ff.

te nach dem Ende des Krieges und der Monarchie, erfüllen würden. Davon war man jedoch weit entfernt.«⁴⁸

Der Januaraufstand bewirkte zum einen eine Radikalisierung des städtischen Arbeitermilieus und zum anderen eine Verschärfung der Rivalität zwischen der Sozialdemokratie und linken Radikalen. Es sollte nicht der letzte Zusammenstoß der beiden Gruppen in der Hauptstadt der noch jungen Republik bleiben. Für den Moment aber kehrte in Berlin Ruhe ein. Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar verliefen störungsfrei. Aus der ersten reichsweiten Wahl nach dem Verhältniswahlrecht ging die SPD mit 37,9 Prozent der Stimmen als stärkste Kraft hervor. Insgesamt aber blieben die sozialdemokratischen Parteien (die USPD erreichte lediglich 7,6 Prozent) in der Minderheit. Stattdessen waren es die bürgerlich-konservativen Parteien, die gestärkt aus dem Urnengang hervorgingen.⁴⁹ Das neu gewählte verfassungsgebende Parlament mit 423 Abgeordneten, darunter 37 Frauen, trat zum ersten Mal am 6. Februar zusammen. Aufgrund der unruhigen Verhältnisse in Berlin fiel die Wahl des Tagungsortes auf das Weimarer Nationaltheater. Hier wurde EBERT fünf Tage später zum ersten Reichspräsidenten gewählt und eine Koalitionsregierung gebildet. Das Ergebnis war die »Weimarer Koalition« – ein Regierungsbündnis der Sozialdemokraten mit der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum. Diese zunächst von SCHEIDEMANN als Ministerpräsidenten⁵⁰ geführte Drei-Parteien-Koalition, die bereits während des Krieges im Interfraktionellen Ausschuss des Reichstages zusammenarbeitete, sollte mit wechselnden Kabinetten und zeitweisem Ausscheiden der DDP bis zu den ersten Reichstagswahlen im Juni 1920 bestehen bleiben.

Parallel zur Wahl der Weimarer Nationalversammlung standen Mitte Februar 1919 auch in Deutschösterreich die ersten freien und gleichen Wahlen für Männer und Frauen an. Wie in Deutschland stand die Sozialdemokratie in den unruhigen Wochen zwischen Republikgründung und den Parlamentswahlen unentwegt unter dem Druck, den Frieden im Land zu wahren. Dies sei Otto BAUER zufolge das »schwierigste Problem der Revolution« gewesen:

»[H]ungernde, verzweifelnde, von allen Leidenschaften, die der Krieg und die Revolution aufgewühlt hatten, bewegte Massen nicht mit Gewaltmitteln niederzuhalten, sondern mit geistigen Mitteln dazu zu bestimmen, daß sie aus freiem, aus eigener Erkenntnis stammenden Entschlüsse die Grenzen nicht überschreiten, die das wirtschaftliche Elend und die wirtschaftliche und militärische Ohnmacht des Landes der Revolution setzten.«⁵¹

48 WEIPERT, *Das Rote Berlin*, S. 152.

49 Die Christliche Volkspartei (Zentrum) erreichte rund zwanzig Prozent. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) kam auf etwas mehr als achtzehn Prozent und die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) auf zehn Prozent der Stimmen. Hierzu ausführlich WINKLER, *Von der Revolution*, S. 135ff.

50 Nach Inkrafttreten der Weimarer Verfassung am 14. August 1919 wurde die Bezeichnung Reichskanzler wieder eingeführt.

51 BAUER, Otto: »§ 12. Der Staat und die Arbeiterklasse«, in: DERS., *Die österreichische Revolution*, Dritter Abschnitt – Die Vorherrschaft der Arbeiterklasse, Wien 1923, transkribiert und digitalisiert

Nach den Ausführungen von PFOSEK und WEIGL hat die sozialdemokratische Partei in ständiger Kommunikation mit den Betrieben, mit den Arbeiter- und Soldatenräten und den Gewerkschaften gestanden und versucht, mit ihnen das politische Vorgehen abzustimmen und sie für die »Kunst des Kompromisses« zu gewinnen.⁵² Die Gunst der Stunde nutzend brachte die Sozialdemokratie in den ersten Revolutionswochen zudem eine Reihe (provisorischer) sozialpolitischer Notstandsmaßnahmen auf den Weg. Hierzu gehörten neben der Wiederinkraftsetzung der Arbeiterschutzgesetzgebung der Vorkriegszeit u. a. die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützungen, die Abschaffung des Arbeitsbuches und die Einführung des Achtstundentages. Tiefgreifende Veränderungen im Wirtschafts- und Bürokratieleben gab es in Österreich aber letztendlich genauso wenig wie in Deutschland. Mit Ausnahme des Militärs, mit dem die neue Republik kompromisslos brach, herrschte auf allen Ebenen eine weitgehende Kontinuität der alten Ordnung.⁵³ Auch nach den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919, die wie in Deutschland nach dem Verhältniswahlrecht abgehalten wurden und bei denen die Sozialdemokratie mit 72 von insgesamt 170 Mandaten als stärkste Kraft hervorging, sollte sich daran nicht viel ändern. Gemeinsam mit den nur marginal schwächeren Christlichsozialen (69 Mandate) bildete die SDAP am 4. März 1919 eine Koalitionsregierung unter dem Staatskanzler Karl RENNER. Wie die Weimarer Koalition hielt die Große Koalition in dem kleinen Arbeiter- und Bauernstaat bis zum Juni 1920.

1.2 In Verantwortung: Die Sozialdemokratie regiert

Die beiden neuen Staatsregierungen in Deutschland und Österreich standen in den ein- einhalb Jahren ihrer Amtszeit vor ähnlichen Aufgaben und Herausforderungen. Es galt, die Demobilisierung von Armee und Wirtschaft zu Ende zu führen und die Volksernährung sicherzustellen. Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bereitete den Regierungen besondere Schwierigkeiten, »denn hier konnten sie nicht allein und aus eigener Kraft eine Verbesserung der Situation herbeiführen, sondern waren auf Gedeih und Verderb dem Wohlwollen der allein lieferungsfähigen Alliierten unterworfen«⁵⁴. Die dominierenden Aufgaben der Regierungsverantwortlichen und der Nationalversammlungen waren jedoch der Abschluss von Friedensverträgen mit der Entente und die Ausarbeitung und Verabschiedung neuer Verfassungen. Die Erarbeitung der Verfassungen nahm in beiden Ländern viel Zeit in Anspruch und war mit langwierigen Beratungen und Verhandlungen der beteiligten Institutionen verbunden. Während sich die Verfassungsentwicklung in Österreich in Etappen mit mehreren Verfassungsnovellen und Gesetzen zwischen 1918 und 1920 vollzog, trat am 14. August 1919 die Weimarer Verfassung in Kraft, die Deutschland zu einem föderalen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat machte. Zu den zentralen Verfassungsprinzipien gehörten die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung und die Garantie der Freiheits- und Grundrechte für alle

durch das MARXISTS' INTERNET ARCHIVE. Im Internet unter: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1923/oesterrev/12-staat.html> (20.09.2019).

52 Vgl. PFOSEK/WEIGL, Stunde Null, S. 175. Vgl. auch WEIHMANN, Das Rote Wien, S. 21.

53 Vgl. HANISCH, Der lange Schatten, S. 268.

54 WITT, Ebert, S. 120. Vgl. hierzu auch PFOSEK/WEIGL, Stunde Null, S. 27 und S. 93.

Bürger und Bürgerinnen.⁵⁵ Die Weimarer Reichsverfassung verankerte ein parlamentarisches Regierungssystem, in dem Elemente der repräsentativen und plebiszitären Demokratie mit dem Präsidentialprinzip, das einen direkt gewählten und mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Reichspräsidenten vorsah, vereinigt wurden. Das österreichische Verfassungswerk, das seinen vorläufigen Abschluss in der Bundesverfassung vom 1. Oktober 1920 fand, unterschied sich in seinen Grundinhalten kaum von der Weimarer Verfassung.⁵⁶ Auch Österreich war nun nach den Gesetzesbestimmungen eine demokratische Republik, in der die Prinzipien der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung verfassungsrechtlich verankert waren. Hinsichtlich der Grundrechte wurde auf den Grundrechtskatalog des *Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger* von 1867 zurückgegriffen. Bei der Ausgestaltung des Regierungssystems gab es jedoch Unterschiede. In der Alpenrepublik wurde ein verhältnismäßig starkes parlamentarisches System verankert, in dem die Frage nach dem Staatsoberhaupt und dessen Kompetenzen lange Zeit ungeklärt blieb.⁵⁷ Unterschiede gab es zudem in den föderalen Strukturen beider Republiken. Während der deutsche Föderalismus in abgeschwächter Form erhalten blieb, sah die österreichische Bundesverfassung von 1920 eine deutlichere Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern vor.⁵⁸ Der Entscheidung gegen einen Zentralstaat und für einen föderalistischen Bundesstaat gingen in der österreichischen Verfassungsdiskussion zahlreiche Beratungen und Länderkonferenzen voraus, in denen die Skepsis gegenüber dem neugegründeten Staat und das Misstrauen gegenüber einer Zusammengehörigkeit der Länder offen zu Tage traten. In den zwei Jahren zwischen dem Beginn der Revolution und dem Beschluss der Bundesverfassung entwickelte sich in Österreich ein ausgeprägter und von parteipolitischen Gegensätzen getragener Länderseparatismus, in dem sich nach HANISCH ein Bündel von kollektiven Emotionen auskristallisierte:

»[...] D]as Unbehagen über das demographische Übergewicht Wiens und, damit verknüpft, die unlösbaren Ernährungsprobleme, ein traditioneller, bislang verdeckter Antizentralismus, verbunden mit Antisemitismus und Antisozialismus, vor allem aber die

-
- 55 Zur Entstehung und zu den Bestimmungen der Weimarer Verfassung sind in den letzten Jahren umfassende Darstellungen veröffentlicht worden. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf eine allgemeine Kurzdarstellung. Zur Weimarer Verfassung siehe ausführlich KLUGE, Weimarer Republik, S. 36ff. BOLDT, Hans: »Die Weimarer Reichsverfassung«, in: BRACHER, Karl Dietrich, Manfred FUNKE und Hans-Adolf JACOBSEN (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 1998, S. 44–62. Mit dem Bestreben nach einer angemessenen und allgemeinverständlichen Würdigung der Weimarer Verfassung haben jüngst Horst DREIER und Christian WALDHOFF einen Sammelband herausgegeben: Das Wagnis der Demokratie. Eine Anatomie der Weimarer Reichsverfassung, München 2018.
- 56 Einen Vergleich der beiden Verfassungswerke, der sich jedoch auf ausgewählte Schwerpunkte beschränkt, hat Stefanie VIELCUT vorgelegt. Vgl. DIES., Demokratie und Verfassung in der Weimarer Republik und der Ersten Republik Österreichs, Diplomarbeit, Universität Wien, Wien 2012, hier S. 4. Zur Entwicklung der österreichischen Verfassung vgl. ausführlich NOLL, Alfred J.: »Entstehung der Volkssouveränität? Zur Entwicklung der österreichischen Verfassung 1918 bis 1920«, in: KONRAD/MADERTHANER, Das Werden, Band 1, S. 363–380.
- 57 Demzufolge gab es in Österreich keinen »übermächtigen Präsidenten«, der wie in der Weimarer Republik eine wesentliche Rolle im Gesetzgebungsprozess spielte. Vgl. EBD., S. 4 und S. 62.
- 58 Vgl. EBD. Sowie WIRSCHING, Weimarer Republik, S. 10.

Furcht vor einer bolschewistischen Revolution (Dein Eigentum ist bedroht!), die von Wien ausgehen könnte. All das sammelte sich in der Formel von der ›Wiener Diktatur‹.⁵⁹

Das Bundesverfassungsgesetz von 1920 stellte daher zwangsläufig einen Kompromiss dar, wonach die Länder einerseits einen selbstständigen Wirkungsbereich erhielten und andererseits ihre Kompetenzen einer zentralen Agenda unterzuordnen hatten.⁶⁰ Mit Beginn des Jahres 1922 erfolgte darüber hinaus die Trennung Niederösterreichs von der ehemaligen Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die mit ihren zwei Millionen Einwohnern gut ein Drittel der Republikbevölkerung stellte und mit ihrem ›sterbenden Dasein‹ nach dem Krieg von der Provinz als eine gewaltige Belastung angesehen wurde (›Wasserkopf‹).

Eng verflochten mit den Verfassungsberatungen waren die Pariser Friedensverhandlungen, die im Januar 1919 begannen und für Deutschland und Österreich in der Unterzeichnung der Friedensverträge von Versailles (28. Juni 1919) und St. Germain (10. September 1919) mündeten.⁶¹ Die Hoffnungen beider Verliererstaaten auf milde Friedensbedingungen erfüllten sich nicht. Die Pariser Friedensbedingungen sahen spürbare Gebietsverluste, Souveränitätsbeschränkungen, hohe Abrüstungsaufgaben und umfangreiche Reparationsverpflichtungen vor. Die hohen Wiedergutmachungsleistungen wurden von den Alliierten mit dem Kriegsschuldartikel rechtlich begründet, »in dem Deutschland und seine Verbündeten ›als Urheber‹ des Ersten Weltkrieges für alle Verluste und Schäden verantwortlich gemacht wurden«⁶². Die Zuweisung der Kriegsschuld löste vor allem in Deutschland eine Welle der Entrüstung aus (›Diktat- und Schandfrieden‹), die alle sozialen Schichten und politischen Parteien erfasste. In der Alpenrepublik, die sich nun nicht mehr »Deutschösterreich« nennen durfte, sorgte insbesondere das Anschlussverbot an den deutschen Nachbarstaat für Fassungslosigkeit (›Vernichtungsfrieden‹). »Die permanente Klage über die Lebensunfähigkeit Österreichs lief ins Leere [...]. Ob man wollte oder nicht,« so HANISCH, »man mußte sich im Kleinstaat einrichten.«⁶³

Sowohl in der Weimarer Republik als auch in der Ersten Republik Österreichs bewirkten die Friedensverträge eine Verschärfung der ohnehin schon angespannten inneren Verhältnisse. Auch ein Jahr nach dem Beginn der Revolution standen beide Staaten ganz im Zeichen der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sich aus dem Krieg und der Demobilisierung ergaben. In dieser Situation wurde der als Schmach empfundene Versailler Vertrag von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung in Deutschland »sehr schnell mit der Revolution von 1918 und deren Ergebnis [verbunden]: dem neuen Staat,

59 HANISCH, *Der lange Schatten*, S. 270.

60 Vgl. PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 133. Die erzielte Einigung zum Verhältnis zwischen Bund und Ländern gestaltete sich weitaus komplexer als hier dargestellt. Siehe hierzu ausführlich EBD., S. 133ff. Ferner RAUSCHER, *Die verzweifelte Republik*, S. 78ff.

61 Zum Verlauf und den Ergebnissen der Pariser Friedenskonferenz siehe ausführlich u.a. KOLB/SCHUMANN, *Weimarer Republik*, S. 23ff. Siehe auch JANZ, 14, S. 324ff. PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 23ff.

62 GREVELHÖRSTER, *Ludger: Kleine Geschichte der Weimarer Republik 1918–1933. Ein problemgeschichtlicher Überblick*, Münster 2005, S. 49.

63 HANISCH, *Der lange Schatten*, S. 271. Vgl. auch PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 31.

der Republik und der Demokratie. Und wer zusätzlich an die Legende vom ›Dolchstoß‹ glaubte – und das waren nicht wenige derer, die mit der Novemberrevolution ihr Weltbild zerstört sahen –, wählte die Republik mit dem doppelten Geburtsfehler des Umsturzes und des schmachvollen Friedens auf die Welt gekommen.«⁶⁴ Verbitterung und Unmut über die junge Republik gab es auch in Österreich. Angefacht und vereinnahmt wurde diese republikfeindliche Stimmung in beiden Ländern von (radikalen) Gruppierungen der äußersten Rechten. Mit ihrer verächtlichen und hasserfüllten Haltung gegenüber dem neuen demokratischen Staat und die ihn tragenden Kräften fanden namentlich die Deutschnationalen Parteien sowie weitere Vertreter des völkischen Nationalismus, Monarchismus und Antisemitismus bis in die Mitte der Gesellschaft hinein Gehör und Zuspruch.⁶⁵

Auf der anderen Seite stand die radikale politische Linke, die vor allem in Deutschland starken Zulauf erfuhr und die regierungsverantwortliche gemäßigte Sozialdemokratie unter Druck setzte. Die verheißungsvollen Sozialisierungsversprechen, die mit der Novemberrevolution einhergingen, wurden nicht erfüllt. Zahlreiche Anhänger der Mehrheits-SPD wandten sich von ihrer Partei ab, »weil sie glaubten, dass die von ihr getragene Regierung zu wenig für ihre materiell-sozialen Belange und die sozialistischen Ziele tue«⁶⁶. Die gewünschten Reformen in Wirtschaft, Bürokratie und Militär blieben aus. Bis auf das »Sozialisierungsgesetz« vom März 1919, das eine Vergesellschaftung von Bergbau und Energiewirtschaft »gegen angemessene Entschädigung« ermöglichte, aber kaum praktische Konsequenzen hatte, konnte die Regierung nicht viel Vorzeigbares auf den Weg bringen.⁶⁷ Auch die Weimarer Verfassung, die u. a. den Schutz der Arbeitskraft und den Aufbau eines umfassenden, demokratisch strukturierten Versicherungssystems zur »Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens«⁶⁸ festschrieb, enthielt lediglich einige Bestimmungen, die den Übergang zu einer »Wirtschaftsdemokratie« ermöglichen sollten. Einen zusammenfassenden Überblick liefert Ludger GREVELHÖRSTER:

»Artikel 153 und 156 schränkten das Recht auf Eigentum ein und erlaubten es, Unternehmen zu enteignen und in Gemeineigentum zu überführen. Die um die Jahreswende 1918/19 heftig diskutierte Forderung weiter Teile der Arbeiterschaft nach Sozialisierung ›dazu geeigneter‹ Großbetriebe konnte damit, den politischen Willen vorausgesetzt, grundsätzlich in Gang gesetzt werden. In den weiteren Bestimmungen zur Ordnung des Wirtschaftslebens gab die Verfassung den Rahmen für eine

64 ELZ, Wolfgang: »Versailles und Weimar«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50/51 (2008), S. 31–38, hier S. 33.

65 Vgl. u. a. RAUSCHER, Die verzweifelte Republik, S. 143. PFOSE/WEICL, Stunde Null, S. 233. KOLB/SCHUMANN, Weimarer Republik, S. 38f. Vgl. auch BÜSCH, Das neue Groß-Berlin, S. 42f. Zur Rekonvaleszenz und dem zunehmenden Erstarken der äußersten Rechten in beiden Ländern vgl. CARSTEN, Revolution, S. 197ff. und S. 241ff.

66 POTTHOFF/MILLER, Kleine Geschichte, S. 105.

67 Vgl. EBD., S. 94f. und S. 107.

68 Zitiert EBD., S. 96.

sozialpartnerschaftliche Neuregelung der betrieblichen und überbetrieblichen Arbeitsbeziehungen vor. In Artikel 165 heißt es, Arbeiter und Angestellte seien dazu berufen, in gleichberechtigter Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuwirken. [...] Schließlich sollten Arbeiter und Angestellte zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Anliegen so genannte ›Betriebsräte‹ bilden können. Diese Idee kam Anfang 1920 im Reichsrätegesetz zur Verwirklichung.«⁶⁹

Der Betriebsrätegedanke war jedoch alles, was von der Rätebewegung der Revolution in die neue Verfassung gelangte.⁷⁰ Zweifelsfrei erzielten die Sozialdemokraten in ihrer Kooperation mit dem Bürgertum nach dem Buchstaben der Weimarer Verfassung Erfolge, »die weit über das hinausgingen, was sie vor dem Kriege zu hoffen wagte[n]«⁷¹, doch Verfassungsbuchstabe und Verfassungswirklichkeit waren nicht das Gleiche. In vielerlei Hinsicht habe das Bündnis mit den alten Eliten, resümiert NEITZEL, einer umfassenden Erneuerung von Staat und Gesellschaft im Wege gestanden. Die SPD war nicht imstande, »den Räten entgegenzukommen und so große Teile der organisierten Arbeiterschaft und des Mittelstandes – etwa durch ein Korporativsystem – an den Staat zu binden«⁷². Die Unzufriedenheit und Enttäuschung der arbeitenden Massen über die »steckengebliebene Revolution«⁷³ nahm im Laufe des Jahres 1919 unentwegt zu. Bereits im Frühjahr des Jahres erlebten weite Teile des Landes »wilde« Streiks und lokale Aufstände. Nur wenige Wochen nach dem Januaraufstand kam es Anfang März 1919 auch in Berlin erneut zum Generalstreik, der auf Betreiben von Anhängern der KPD zu blutigen Straßen- und Häuserkämpfen zwischen Aufständischen und Regierungstruppen führte.⁷⁴ Die »Berliner Märzkämpfe«, die von Seiten der Regierung unter Einsatz des Schießbefehls und mit Verhängung des Belagerungszustandes beendet wurden, forderten rund 1.200 Tote und Dutzende Verletzte. Im Zusammenspiel mit permanenten Versorgungskrisen, zunehmender Arbeitslosigkeit und Teuerung trieben der Einsatz von Militär gegen die aufständische Arbeiterschaft und die Unterdrückung von Streikbewegungen mehr und mehr junge Arbeiter in die Reihen der USPD, die sich – von ihrem linken Flügel dominiert – mit ihrer Programmatik (Rätesystem und »Diktatur des Proletariats«) zunehmend der KPD annäherte und damit bald in Fundamentalopposition zur Weimarer Republik stand.⁷⁵

Während die Anziehungskraft der USPD zunahm und vor allem die Gewerkschaften einen enormen Aufschwung erfuhren, stagnierte der Zulauf zur SPD. Nicht nur die junge (radikale) Arbeitnehmerschaft wanderte in Scharen ab, sondern auch breite Gruppen der gemäßigten Arbeiterschaft sahen »sich um die Früchte der Revolution betrogen und konnten nicht verstehen, dass die Sozialdemokraten in der Regierung nicht mehr für sie

69 GREVELHÖRSTER, *Kleine Geschichte*, S. 41.

70 Vgl. EBD. Vgl. auch WINKLER, *Von der Revolution*, S. 293.

71 POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte*, S. 97.

72 NEITZEL, *Weltkrieg*, S. 165. Vgl. hierzu auch ausführlich CARSTEN, *Revolution*, S. 265ff.

73 KOLB/SCHUMANN, *Weimarer Republik*, S. 22.

74 Hierzu ausführlich WEIPERT, *Das Rote Berlin*, S. 153f. KÖHLER, *Berlin*, S. 810f.

75 Vgl. KOLB/SCHUMANN, *Weimarer Republik*, S. 22 und S. 38. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte*, S. 105.

durchgesetzt hatten«⁷⁶. Wie deutlich die SPD als erklärte und verachtete Gegnerin der Rechten und Linken an Boden verlor, zeigte die erste Reichstagswahl im Juni 1920. Infolge des am 13. März 1920 stattgefundenen konterrevolutionären Umsturzversuchs der radikalen Rechten in Berlin (KAPP-LÜTTWITZ-Putsch), der mithilfe eines großangelegten Generalstreiks und unter besonderem Einsatz der Gewerkschaften verhindert werden konnte, und des daraufhin ausgelösten und mit Gewalt gebrochenen Arbeiteraufstands im Ruhrgebiet (»Ruhraufstand«), sah sich das Kabinett des Sozialdemokraten Gustav BAUER (1870–1944) Ende März zum Rücktritt gezwungen.⁷⁷ Die Weimarer Koalition, die vorerst von Hermann MÜLLER (SPD, 1876–1931) weitergeführt wurde, kam nicht umhin, die für Oktober 1920 vorgesehenen Reichstagswahlen vorzuziehen. Diese brachten der SPD deutliche Verluste in der Wählergunst.⁷⁸ In den folgenden acht Jahren wurde die Weimarer Republik überwiegend von bürgerlichen Regierungen geführt. Während dieser Zeit waren die Sozialdemokraten nur noch als temporärer Juniorpartner an den Regierungsgeschäften beteiligt.

Wie die deutsche geriet auch die österreichische Sozialdemokratie rasch in die Defensive. In Österreich war es jedoch weniger die radikale Linke, die die regierungsanführende Partei in Bedrängnis brachte. Im Gegenteil – anders als in der Weimarer Republik verstanden es die österreichischen Parteigenossen, die virulenten linksradikalen Strömungen, »die mit Ungeduld den revolutionären Prozeß über das erreichte Stadium der Demokratisierung hinaus vorantreiben wollten«⁷⁹, unter Kontrolle zu halten und weitgehend in das politische System einzubinden. HANISCH spricht von einer »geschmeidigen Taktik« der Sozialdemokraten, die sie bereits während des Jännerstreiks 1918 demonstrierten, indem sie die linksradikalen Tendenzen zu bremsen wussten: »flexible Politik nach links, aber klare Abgrenzung gegenüber einem kommunistischen Experiment, bei gleichzeitiger Durchsetzung umfassender sozialer Reformen«⁸⁰. Angesichts der unruhigen Lage im kriegsgebeutelten Kleinstaat war dies kein leichtes Unternehmen, denn Massendemonstrationen und spontan auftretende Hungerproteste waren alltägliche Erscheinungen. Unter dem Einsatz der Arbeiterräte, an deren Spitze sich die Sozialdemokraten stellten, konnten größere Ausschreitungen jedoch verhindert werden. Anders als in Deutschland befanden sich die linksradikalen Kräfte in Österreich in einer vergleichbar schwachen Position. Der Anfang November 1918 gegründeten Kommunistischen Par-

76 POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte*, S. 107.

77 Zum KAPP-LÜTTWITZ-Putsch und dem Ruhraufstand siehe ausführlich GERWARTH, Robert: *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018, S. 285ff. Ferner WINKLER, *Von der Revolution*, S. 295ff. Eine umfassende Schilderung der Putschereignisse in Berlin liefert WEIPERT, *Das Rote Berlin*, S. 157ff.

78 In den eineinhalb Jahren ihrer Regierungsverantwortung hatte sich der Stimmenanteil für die SPD nahezu halbiert, sodass die Partei nur mehr 21,6 Prozent erreichte. Demgegenüber löste die USPD mit achtzehn Prozent das Zentrum (13,6 Prozent) als zweitstärkste Kraft ab. Auch unter den bürgerlichen Parteien gab es deutliche Verschiebungen zugunsten der Deutschnationalen (fünfzehn Prozent) und Nationalliberalen (13,9 Prozent). Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte*, S. 112.

79 HOLTSMANN, Everhard: »Die Organisation der Sozialdemokratie in der Ersten Republik, 1918–1934«, in: MADERTHANER, Wolfgang und Wolfgang C. MÜLLER (Hg.), *Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995*, Wien 1996, S. 93–167, hier S. 101.

80 HANISCH, *Der lange Schatten*, S. 276.

tei Österreichs (KPDÖ, später KPÖ) gelang es nicht, in der Rätebewegung Fuß zu fassen und eine Spaltung zwischen den Arbeitermassen und der sozialdemokratischen Führung herbeizuführen.⁸¹ Da sich die österreichische Sozialdemokratie in ideologischen Fragen stark links positionierte, gelang es ihr, die Rätebewegung anzuführen und dadurch den Einfluss auf die Massen nicht zu verlieren.⁸² HANISCH benennt in diesem Zusammenhang mehrere Faktoren, die für die Stärke der Sozialdemokraten ausschlaggebend waren:

»Die Sozialdemokratie konnte diese schwierige Politik nur durchsetzen, weil erstens die Ernährungssituation sich im Frühjahr 1919 durch die alliierten Hilfslieferungen etwas gebessert hatte; weil zweitens die radikale Sprache identische Ziele, aber einen anderen Weg postulierte; weil drittens [...] im Frühjahr und Sommer 1919 das große soziale Reformwerk einsetzte und das gelähmte Wirtschaftsbürgertum bereit war, einen Schritt mitzugehen. [...] Und viertens, weil die Räte außerparlamentarisch genügend Druck erzeugten, um die Wirtschaftsverbände und das Parlament zum Handeln zu zwingen.«⁸³

Auch der Historiker Helmut KONRAD unterstreicht das große Verdienst der Sozialdemokratie, der es gelang, das revolutionäre Potential »so weit zu domestizieren, dass keine Räterepublik nach dem ungarischen Modell entstehen konnte, dass aber gleichzeitig das revolutionäre Drohpotential groß genug blieb, um dem Bürgertum massive Zugeständnisse, vor allem in der Sozialpolitik, abzurufen«⁸⁴. Die Bilanz der österreichischen Sozialgesetzgebung während der Gründungsjahre der Republik war beachtlich. Das von Ferdinand HANUSCH (1866–1923) sozialdemokratisch geführte Staatsamt für soziale Fürsorge brachte zahlreiche Sozialgesetze und -verordnungen auf den Weg, die zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten beitrugen. Über den Achtstundentag und die staatliche Arbeitslosenunterstützung hinaus lieferte die Sozialdemokratie u.a. gesetzliche Regelungen zum kollektivvertraglich garantierten Mindestlohn, zur Einführung der Arbeitslosenversicherung, der paritätischen Arbeitsvermittlung, der Sonn- und Feiertagsruhe, des Urlaubsanspruchs und der

-
- 81 Die KPDÖ gewann zwar einzelne arbeitslose, invalide und heimkehrende Bevölkerungsteile für sich, doch auf das Gros der (Industrie-)Arbeiterschaft blieb sie einflusslos. Dies galt ebenso für die Mehrheit der Soldatenräte, die von der SDAP-Führung beim Aufbau einer republiktreuen Volkswehr frühzeitig eingebunden wurden. Wie gering die Durchschlagkraft der kommunistischen und linksradikalen Bewegung in Österreich war, veranschaulichen die Gründonnerstags-Unruhen vom 17. April 1919 und der »Putschversuch« vom 15. Juni zwei Monate später. Unter dem Eindruck der Räterepublikausruhen in Ungarn und Bayern versuchten die auf Revolution drängenden Kräfte in Wien zweimal erfolglos einen Umsturz herbeizuführen. In beiden Fällen griff die sich klar zur sozialdemokratischen Führung bekennende Volkswehr ein und beendete die Aufstände mit Gewalt. Vgl. EBD. Vgl. ausführlich auch PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 152f. und S. 176ff.
- 82 Vgl. THOSOLD, Barbara und Helmut WOHNOUT: »Politische Lager und Zukunftsentwürfe«, in: KONRAD, 1918–2018, S. 23–26, hier S. 26. Sowie HOLTMANN, *Die Organisation*, S. 102.
- 83 HANISCH, *Der lange Schatten*, S. 276.
- 84 KONRAD, Helmut: »Das Rote Wien«, in: DERS., 1918–2018, S. 47–50, hier S. 48. Vgl. hierzu auch den Vortrag KONRADS vom 6. Mai 2019 im Wiener Rathaus: »Das Rote Wien«, veröffentlicht in: KONRAD, Helmut und Gabriella HAUCH, *Hundert Jahre Rotes Wien. Die Zukunft einer Geschichte*, Wien 2019, S. 11–52, hier S. 27f.

Soforthilfen für Kriegsoffer.⁸⁵ Hervorzuheben ist auch das Betriebsrätegesetz vom 15. Mai 1919, das gegen die widerstrebenden Christlichsozialen durchgesetzt werden konnte. Der aus der Gewerkschaftsbewegung kommende HANUSCH habe das Fürsorgeministerium, so resümierte sein Parteigenosse Otto BAUER, »in ein Exekutivorgan der Gewerkschaften«⁸⁶ verwandelt. Anders als in Deutschland, wo sich die Gewerkschaften wegen des mangelnden Einsatzes für die Arbeiterinteressen seitens der Regierung allmählich von der Mehrheits-SPD lösten, besaßen die österreichischen Gewerkschaften weitreichenden Einfluss auf die Sozialgesetzgebung. Die Gewerkschaften waren im Parlament stark vertreten und an der Ausarbeitung der Gesetzesanträge beteiligt, wodurch sie, so der Sozialdemokrat Julius DEUTSCH (1884–1968), im Staate faktisch mitregiert haben.⁸⁷ Mit seiner Sozialgesetzgebung stand Österreich schließlich »an erster Stelle der Sozialstaaten Europas«⁸⁸.

Doch auch die hervorragend aufgestellte österreichische Sozialdemokratie stieß mit ihren viel weitergehenden Reformvorhaben alsbald an ihre Grenzen. Ausgebremst wurden sie in erster Linie vom christlichsozialen Koalitionspartner und den allmählich an Stärke zurückgewinnenden bürgerlich-konservativen Kräften. Die Christlichsozialen waren unter dem Eindruck der revolutionären Stimmung »als Juniorpartner in die Regierung eingetreten, um als Korrektiv gegenüber der SDAP zu wirken, um aus ihrer Sicht Schlimmeres zu verhindern«, wobei sie die Sozialdemokraten, so RAUSCHER, »wiederholt mit ihren Projekten grandios scheitern und im Zuge dessen viele Anhänger verlieren«⁸⁹ ließ. Die vorrangig von Bauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden des ländlichen Österreichs getragene katholisch-konservative Christlichsoziale Partei trug die sozialdemokratischen Reformbestrebungen zwar in vielerlei Hinsicht mit, doch die Zusammenarbeit verlief alles andere als konfliktfrei. Im Verlauf der Koalitionszeit verschärften sich schließlich die Gegensätze, die sich aus den unterschiedlichen politisch-gesellschaftlichen Leitbildern beider Großparteien ergaben. So scheiterten u.a. weitgehende Sozialisierungsbestrebungen der SDAP im wirtschaftlichen Sektor am Widerstand des Koalitionspartners. Besonders deutlich traten die parteipolitischen Differenzen im zunehmenden Länderseparatismus, der seitens der Christlichsozialen unterstützt wurde, sowie in den Diskussionen über die Verfassung und das Wehrgesetz hervor. Letztere führte im Juni 1920 schließlich zum Bruch der Koalitionsregierung, die auch in der Bevölkerung alles andere als populär war. Da die Regierung nicht imstande war, mit den anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der nicht enden wollenden Lebensmittelnot fertig zu werden, geriet sie vor allem bei den Angehörigen des nach

85 Vgl. EBD. Sowie HOLTSMANN, *Die Organisation*, S. 98. THOSOLD/WOHNOUT, *Politische Lager*, S. 23f.

86 Zitiert bei HOLTSMANN, *Die Organisation*, S. 98.

87 Vgl. EBD., S. 99. Die legislatorische Programmsteuerung ging HOLTSMANN zufolge sogar über die parlamentarische Ebene hinaus. Es sei wiederholt vorgekommen, dass Gesetzentwürfe, die von Fachreferenten der Ministerien kurzfristig ausgearbeitet worden waren, nach Zustimmung der Gewerkschaftskommission durch die Parlamentsmehrheit faktisch nur noch förmlich abgesegnet wurden. Vgl. EBD. *Zur Lage und Haltung der deutschen Gewerkschaften* vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte*, S. 108f.

88 PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 179.

89 RAUSCHER, *Die verzweifelte Republik*, S. 151.

wie vor notleidenden Mittelstandes in Misskredit.⁹⁰ Zudem herrschte in den ländlichen Regionen und damit dem überwiegenden Teil des Landes eine regelrechte »Hassstimmung« gegenüber der Wiener Regierung. Die Landbevölkerung hielt einerseits nicht viel von der Sozialgesetzgebung und war andererseits »wütend über die Fortdauer von Maßnahmen der Kriegswirtschaft und von Requisitionen und Ablieferungsquoten«⁹¹, die vor allem der städtischen und damit hauptsächlich der Wiener Bevölkerung zugutekamen. Die verbreitete Unzufriedenheit mit der Regierung richtete sich in erster Linie gegen die Sozialdemokraten, denen die ländliche Bevölkerung prinzipiell ablehnend gegenüberstand und von denen sich viele Großstädter mehr versprochen hatten.

Nachdem die Koalition gescheitert war und die Geschäfte von einer »unpolitischen Übergangsregierung« unter dem Vorsitz des Christlichsozialen Michael MAYR (1864–1922) übernommen wurden, fanden am 17. Oktober 1920 die ersten Nationalratswahlen statt. Die Wahlen veränderten die innenpolitischen Kräfteverhältnisse nun zugunsten der Christlichsozialen Partei.⁹² Die Sozialdemokraten gingen nach beinahe zwei Jahren in Regierungsverantwortung in die Opposition zurück. Dort verblieben sie bis zum Ende der Ersten Republik. Auf Bundesebene hatte sich »der ländliche Charakter Österreichs und das natürliche Schwergewicht der Länder gegenüber Wien durch[gesetzt] und ebenso ihr betonter Katholizismus und Konservatismus«⁹³. Nach dem Ende der Großen Koalition folgten eine Reihe bürgerlicher Koalitionsregierungen unter Führung der Christlichsozialen und unter Einschluss äußerst rechter Kräfte (»Bürgerblock«). In der weiteren Zwischenkriegszeit nahmen die Gegensätze der beiden Großparteien weiter zu, was zwangsläufig zu einer verstärkten Polarisierung der Gesellschaft führte.

Die österreichische Arbeiterbewegung blieb auch ohne Regierungsbeteiligung weiterhin einflussreich. So besaß sie dominierende Positionen im Bundesheer, bei der Wiener Polizei, in den Betriebsräten, in der Sozialversicherung sowie der Arbeiterkammer.⁹⁴ Sie regierte auch in vereinzelt Bundesländern mit. Die wohl größte und unangefochtene Machtbasis der Sozialdemokraten war jedoch die Hauptstadt. Im Zuge der Revolution eroberten sie die Wiener Rathausspitze. Damit war es ihnen möglich, ihr Reformprogramm auf kommunalpolitischer Ebene weitgehend uneingeschränkt durchzusetzen. Die Wiener Sozialdemokratie befand sich dadurch in einer weitaus günstigeren Position als die Genossen der SPD in Berlin, die für die Umsetzung einer linken Gemeindepolitik auf die konkurrierende USPD angewiesen war. Sowohl in Wien als auch in Berlin traten die Sozialdemokraten das schwere Erbe des Krieges an und läuteten auf unterschiedliche Weise eine neue Ära in der Geschichte der beiden Städte ein.

90 Vgl. CARSTEN, *Revolution*, S. 251f.

91 EBD., S. 252.

92 Die Christlichsozialen gingen mit nahezu 42 Prozent als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor. Demgegenüber erhielten die Sozialdemokraten nur knapp 36 Prozent der Stimmen. Vgl. RAUSCHER, *Die verzweifelte Republik*, S. 15ff.

93 CARSTEN, *Revolution*, S. 260.

94 Vgl. RAUSCHER, *Die verzweifelte Republik*, S. 156.

1.3 »Rote« Großstädte: Die Sozialdemokratie in den Stadtverwaltungen

Während des revolutionären Umbruchs im November 1918 standen Wien und Berlin als Hauptstädte der gestürzten Monarchien und neugegründeten Republiken besonders im Mittelpunkt des Geschehens. Ihre Verwaltungen aber blieben nahezu unberührt von der Zeitenwende. In beiden Städten zog die Revolution keine tiefgreifenden Veränderungen in der Kommunalbürokratie nach sich. In den Stadtverwaltungen, die sich den übergeordneten Verhältnissen anpassten, herrschte zunächst mehr (Berlin) oder weniger (Wien) Kontinuität, die am deutlichsten in der Amtsfortführung der beiden Stadtoberhäupter WERMUTH und WEISKIRCHNER in Erscheinung trat. Letzterer gab die Amtsgeschäfte als Wiener Bürgermeister im Zuge der »Demokratisierung des Gemeinderats«⁹⁵ jedoch um einiges eher ab als sein Berliner Amtskollege.

In Wien konstituierte sich nur wenige Wochen nach der Republikgründung am 3. Dezember ein provisorischer Gemeinderat, der bis zur Neuwahl der Gemeindevertretungen im Mai 1919 bestehen blieb. Gleichzeitig wurde er neben weiteren bestehenden Gemeindegremien auf Anweisung des Staatsrates durch eine angemessene Zahl von Vertretern der Arbeiterschaft ergänzt.⁹⁶ Die bisher im Stadtparlament vertretenen Parteien einigten sich auf eine Erhöhung der Mandatszahl für die SDAP, wobei jedoch eine knappe Mehrheit für die Christlichsozialen bestehen blieb.⁹⁷ Der alte Wiener Bürgermeister wurde in seinem Amt bestätigt und suchte mit Blick auf die unruhigen politischen Verhältnisse in den folgenden Monaten die – im Krieg bereits bewährte – kooperative Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. MERTENS zufolge seien anstehende Probleme einvernehmlich gelöst und die wichtigsten Vorlagen gemeinsam vorbereitet worden.⁹⁸ Zur Austragung weltanschaulicher Differenzen sei es hierbei nicht gekommen. Neben vereinzelt gemeinsam getroffenen Maßnahmen u.a. in den Bereichen der kommunalen Wohnungs- und Sozialpolitik, die zumeist von der sozialdemokratischen Partei initiiert wurden, beschloss der provisorische Gemeinderat Anfang März 1919 ein neues Gemeindegewahlgesetz. Mit diesem wurde für die städtischen Vertretungskörperschaften das für beide Geschlechter geltende allgemeine, gleiche und direkte Verhältniswahlrecht eingeführt. Am 4. Mai folgten die von der niederösterreichischen Landesregierung verordneten Wiener Gemeinderatswahlen, bei denen alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner wahlberechtigt waren, die ihr 20. Lebensjahr erreicht und ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien hatten.

Der Urnengang brachte schließlich die politische Wende und beendete die seit 1895 bestehende christlichsoziale Hegemonie in Wien. Die Sozialdemokraten errangen mehr als die Hälfte der Stimmen und 100 der 165 Mandate.⁹⁹ Zum neuen und ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Wiens wurde der langjährige Gemeinderat Jakob REU-

95 MERTENS, Weiskirchner, S. 198.

96 Vgl. EBD. Sowie MADERTHANER, Von der Zeit, S. 347.

97 Nach dem Mandatsverteilungsbeschluss hatten die Fraktionen darüber hinaus einen Teil ihrer Mandate mit Frauen zu besetzen. Vgl. EBD.

98 Vgl. MERTENS, Weiskirchner, S. 200f.

99 Vgl. u.a. PFOSER/WEIGL, Stunde Null, S. 192. Ähnliche Ergebnisse erzielte die SDAP auch bei den parallel stattfindenden Wahlen zum niederösterreichischen Landtag und zu den 21 Wiener Bezirksvertretungen. Vgl. hierzu MERTENS, Weiskirchner, S. 207f.

MANN gewählt. Mit ihm als Stadtoberhaupt – und ab 1922 auch Landeshauptmann – konnte die Ära des Roten Wiens beginnen. Doch die Wiener Sozialdemokraten, die mit einem umfassenden Kommunalprogramm ans Werk gingen, standen mit Blick auf die verheerenden Nachkriegsverhältnisse in der einstigen Donaumetropole vor gewaltigen Herausforderungen. Das von REUMANN so bezeichnete »traurige Erbe«¹⁰⁰, das die Sozialdemokratie antrat, fasst MADERTHANER so zusammen:

»Wien war das Zentrum der Mobilisierung und habsburgischen Kriegsanstrengungen gewesen, Massen von Arbeitskräften in nie gekanntem Ausmaß waren zusammengezogen, der gesamte Produktionsapparat auf die Bedürfnisse des Krieges umgestellt worden. Der nunmehr gegebene gänzliche Zusammenbruch der Wirtschaft, der Verlust der Metropolfunktion, die Hinterlassenschaft eines an den Erfordernissen eines Großreiches ausgerichteten Verwaltungs- und Dienstleistungssektors, drückende und drastische Wohnungsnot, Abwanderungstendenzen und destabilisierte Kriegsheimkehrer, unsägliches soziales Elend setzten die Rahmenbedingungen für eine radikale Neuorientierung kommunaler Politik.«¹⁰¹

Darüber hinaus wies die Stadt infolge des Krieges eine desaströse Finanzlage auf. Wien saß nicht nur auf einem enormen Schuldenberg in Höhe von 250 Millionen Kronen, sondern sah angesichts gesunkener Einnahmen und zunehmender Ausgaben kaum eine Möglichkeit die Finanzsituation zu verbessern, geschweige denn ohne weitere Schulden zu einem ausgeglichenen Budget zu kommen.¹⁰² Die Rathausverwaltung erklärte die Sanierung des Kommunalbudgets als Basis für soziale Reformprojekte zur vorrangigsten Aufgabe, für deren Lösung der sozialdemokratische Finanzexperte Hugo BREITNER (1873–1946) als Stadtrat für Finanzen zuständig war. Einen hilfreichen Beitrag leistete in dieser für Wien so schwierigen Situation die organisatorische Trennung der Hauptstadt von Niederösterreich, die mit der Bundesverfassung festgelegt und Ende Dezember 1921 vollzogen wurde. Die Rechtsstellung Wiens als Bundesland gestattete die Steuerhoheit und die eigene Steuerfindung. Dieser Gestaltungsspielraum habe, wie KONRAD erklärt, die Realisierung des sozialen Experiments »Rotes Wien« überhaupt erst denkbar gemacht.¹⁰³

»Die politischen Experimente konnten auf einer sozial differenzierten Beschaffung der finanziellen Mittel aufbauen. Hugo Breitner, ehemals Direktor der Länderbank, führte direkte Steuern ein, mit ganz starker Progression, sodass tatsächlich die Reichen besteuert wurden. Gleichzeitig war er strikt gegen kommunale Verschuldung und zog Sparprogramme durch. Grundeigentum wurde hoch versteuert, und das galt besonders auch für Luxusgüter. So gab es eine hohe Kraftfahrzeugsteuer, eine Klaviersteuer, eine Billardsteuer und Steuer auf Luxushunde oder Glühlampen.«¹⁰⁴

100 EBD., S. 208. Vgl. auch LEHNERT, Detlef: Kommunale Politik, Parteiensystem und Interessenkonflikte in Berlin und Wien 1919–1932, Berlin 1991, S. 58.

101 MADERTHANER, Von der Zeit, S. 347.

102 Vgl. PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 192.

103 Vgl. KONRAD, Das Rote Wien: Ein Konzept, S. 229. Vgl. auch WEIHMANN, Das Rote Wien, S. 24f.

104 KONRAD, Das Rote Wien, S. 48. Zu BREITNERS Steuerpolitik vgl. ausführlich WEIHMANN, Das Rote Wien, S. 25ff.

Dies allein reichte jedoch nicht, um die beabsichtigte Budgetkonsolidierung zu erreichen. Zum Umschwung verhalf schließlich die 1923 von BREITNER eingeführte Wohnbausteuer, einer Kombination aus direkter, stark progressiver Massen- und Luxussteuer, mit der der Kleinwohnungsbestand geschont, die großen Objekte der bürgerlichen Kreise stärker herangezogen und ein zwingend notwendig gewordener Massenwohnungsbau finanziert werden sollte.¹⁰⁵ Einen nicht unbedeutenden Beitrag bei der Sanierung des Kommunalbudgets leistete schlussendlich auch die gewaltig fortschreitende Inflation, mit der sich die Schuldenlast im Inland einerseits selbstlaufend verringerte, die jedoch andererseits zulasten der inländischen, überwiegend mittelständischen Gläubiger ging.¹⁰⁶ BREITNERS effektive Finanzpolitik verschaffte der Wiener Sozialdemokratie den finanziellen Spielraum zur Umsetzung ihres – bereits 1914 beschlossenen – kommunalen Sozialprogramms, das u. a. Reformen in den Bereichen der Arbeiter- und Armenfürsorge sowie im Bildungs-, Gesundheits- und Wohnungswesen vorsah.

Während die Sozialdemokraten in Wien die Vorherrschaft im Rathaus gewannen und die Gestaltung der Kommunalpolitik in ihre Hände nehmen konnten, blieb der Berliner Mehrheits-SPD eine vergleichbar komfortable Position zur Umsetzung ihres Programms verwehrt. Stärker als in Wien herrschte in der Berliner Verwaltung zur Zeit der Republikgründung die Kontinuität – wenn auch mit größerem Gestaltungsspielraum für die Sozialdemokraten, die in den Stunden der Revolution vor allem die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt zu erreichen versuchten. Die erste Amtshandlung der vier ernannten »Volksbeauftragten für die Stadt Berlin«¹⁰⁷, allesamt keine Revolutionäre, sondern vielmehr erfahrende sozialdemokratische Stadtverordnete, bestand darin, den parteilosen Berliner Oberbürgermeister und den Magistrat zum »Weiterwirken an den bisherigen Stellen« zu bitten. Mit WERMUTHS Zusage sahen die Berliner Volksbeauftragten ihre Pflicht am 11. November 1918 erfüllt. Die Verwaltung arbeitete wie bisher unter dem alten Oberbürgermeister weiter und die Volksbeauftragten gingen wieder ihrer Tätigkeit als Stadtverordnete nach. So habe also, resümiert KÖHLER, der »revolutionäre Wandel« an der Spitze der Stadt ausgesehen.¹⁰⁸ Doch auch in Berlin hielt die Demokratisierung der städtischen (Selbst-)Verwaltung schon bald in umfassender Weise Einzug. Rund einen Monat nach den Wahlen zur Nationalversammlung wählte die Hauptstadtbevölkerung am 23. Februar 1919 nach allgemeinem und gleichem Verhältniswahlrecht eine neue Stadtverordnetenversammlung. Anders als die Berliner Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen zur Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung (26. Januar 1919) erwarten ließen – hier wurde die SPD mit rund 38 bzw. 35 Prozent jeweils stärkste Kraft –, verloren die gemäßigten Sozialdemokraten

105 Vgl. MADERTHANER, Von der Zeit, S. 355.

106 Vgl. PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 190.

107 Die Berliner Volksbeauftragten, die als Aufsichtsbehörde an die Stelle des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg traten, waren Hugo HEIMANN und Bernhard BRUNS (*1862) von der SPD sowie die beiden USPD-Mitbegründer Hermann WEYL und Kurt ROSENFELD. Zu den Vorgängen im Rathaus am 11. November 1918 vgl. die Schilderungen WERMUTHS, Beamtenleben, S. 418ff. BISKY, Berlin, S. 445. Vgl. auch ENGEL, Gerhard, Bärbel HOLTZ und Ingo MATERNA (Hg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19: Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. 35f.

108 Vgl. KÖHLER, Berlin, S. 803. Vgl. auch BÜSCH, Das neue Groß-Berlin, S. 8.

auf kommunaler Ebene an Boden. Sie erreichten nur 31,7 Prozent der Stimmen, während die USPD mit 33 Prozent die Wahl gewann. Diese Wahlentscheidung, die zugleich mit einer deutlich geringeren Wahlbeteiligung einherging als bei den Wahlen zur Nationalversammlung, gab KÖHLER zufolge zu erkennen, dass die Politik der Mehrheits-SPD auch in der »roten Hochburg« Berlin in zunehmendem Maße an Akzeptanz verlor:

»Das Dilemma der Partei trat zutage. In dem Maße, in dem diese in der Opposition groß gewordene Partei politische Verantwortung übernahm und sich zur Mitte orientierte, wanderte ein Teil ihrer Anhängerschaft nach links ab. Die Stadtverordnetenversammlung wies auf der Linken ein Übergewicht auf. Beide sozialistischen Parteien hatten 93 [von insgesamt 144] Mandate[n], fast eine Zweidrittelmehrheit.«¹⁰⁹

So eindrucksvoll diese Mehrheitsverhältnisse auf den ersten Blick auch ausgesehen haben, die Bildung einer linken Koalition fand aufgrund der bestehenden Gegensätze beider Arbeiterparteien nicht statt.¹¹⁰ Dennoch gelang die kollegiale Zusammenarbeit der gemäßigten und (weniger radikalen) unabhängigen Sozialdemokraten auf kommunalparlamentarischer Ebene besser als im Reichstag. Im Berliner Rathaus herrschte »ein milderes Klima« und es kam »unter der behutsamen Leitung« des Oberbürgermeisters »nicht zu der haßerfüllten Konfrontation [...], die die Situation in der Stadt insgesamt kennzeichnete«¹¹¹. WERMUTH, der den Umbruch vom Kaiserreich zur Republik als politische Realität akzeptierte und bestrebt war, »diesen Umbruch mit möglichst geringen Verlusten für die bürgerliche Gesellschaft gestalten zu helfen«¹¹², blieb auch nach den Wahlen das Berliner Stadtoberhaupt. Der eher bürgerlich-konservative Oberbürgermeister trieb eine sachliche und kompromissbereite Zusammenarbeit zwischen seinem weitgehend bürgerlichen Magistrat und den Stadtverordneten der verschiedenen Fraktionen voran.¹¹³ WERMUTH war es schließlich auch, der unterstützt von den sozialdemokratischen Parteien und den Linksliberalen als entscheidender Wegbereiter des Groß-Berlin-Gesetzes vom 27. April 1920 eine neue Ära in der Geschichte der deutschen Hauptstadt und seiner Verwaltung einleitete. Die Bildung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin war in den revolutionären Tagen Ende des Jahres 1918 nicht absehbar, bestenfalls zu erahnen. Inmitten des gesellschaftlichen und politischen Wandlungsprozesses infolge des Ersten Weltkrieges erfuhr Berlin endlich den von WERMUTH und den Sozialdemokraten lange geforderten politisch-administrativen und kommunalwirtschaftlichen Zusammenschluss von acht Stadtgemeinden, 59 Vororten und 27 Gutsbezirken.¹¹⁴

109 KÖHLER, Berlin, S. 809f. Vgl. auch BÜSCH, Das neue Groß-Berlin, S. 28f.

110 Vgl. KÖHLER, Berlin, S. 810.

111 EBD., S. 812.

112 »An der Spitze der Reichshauptstadt Berlin von 1871 bis 1945: Dr. Adolf Wermuth«, in: LUISENSTÄDTER BILDUNGSVEREIN E.V., Lexikon von A-Z zur Berlingeschichte und Gegenwart. Im Internet unter: https://berlingeschichte.de/historie/spitze/berliner_buergermeister.htm (08.10.2019). Vgl. auch STRAUCH, Wermuth, S. 55.

113 Bis zur turnusgemäßen Neuwahl des Berliner Magistrats im Sommer 1920 blieb das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen ohne Auswirkungen auf die personelle Zusammensetzung der Stadregierung. Hierzu vgl. LEHNERT, Kommunale Politik, S. 56f.

114 Vgl. BÜSCH, Das neue Groß-Berlin, S. 5f. Sowie KÖHLER, Berlin, S. 816ff. Vgl. auch oben Kapitel II, Anm. 34. Beschlossen wurde die Bildung der Stadtgemeinde Berlin als Groß-Berliner Einheitsge-

Die Erfahrungen im Krieg hatten endgültig bewiesen, dass in dem ausgedehnten vernetzten Wirtschaftsgebiet eine einheitliche gemeindeübergreifende Versorgung der Bevölkerung mit der vorherrschenden Verwaltungszersplitterung kaum zu bewerkstelligen und ein über den bisherigen »Zweckverband« hinausgehender Zusammenschluss Groß-Berlins notwendig war. Mit dem *Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin* wuchs die Hauptstadt in Fläche und Bevölkerungszahl. Der Fläche nach war Berlin mit rund 878 km² nun die zweitgrößte Stadt der Welt. Und nur in New York und London lebten mehr Menschen als in Berlin, das jetzt 3,8 Millionen Einwohner zählte. Doch das Gesetz verschaffte Berlin nicht nur die Eigenschaft als »Riesengemeinde«, sondern setzte auch den Rahmen für die politisch-administrative Ausformung und Durchführung der Demokratisierung von Politik, Verwaltung und Wirtschaft in der gewachsenen Großstadt.¹¹⁵

»Das Problem der modernen Weltstadtorganisation in der Demokratie mit allen sozialen und politischen Interessenverflechtungen der nach Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen wie nach Stadtteilen beziehungsweise Bezirken gegliederten Bevölkerung dieser Stadt im Innern wie nach Außen, im Verhältnis der Stadt zum Staat Preußen und zum Reich, wurde in Groß-Berlin [...] zum einen durch die administrative Verbindung der Verwaltung der früheren Einzelgemeinden zu gemeinsamen Organen der neuen Zentralverwaltung – Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und zentrale Deputationen – und der Bezirksverwaltungen – Bezirksämter und Bezirksversammlungen – gelöst. Es wurde zum anderen bewältigt durch das Prinzip des Ausgleichs der Belastung von einkommensschwachen und wohlhabenden Bevölkerungsschichten und [...] von armen und reichen ehemaligen Einzelgemeinden und jetzigen Bezirken [...].«¹¹⁶

Gemäß dem Groß-Berlin-Gesetz galt es für die neue Einheitsgemeinde, die zentralen Verwaltungskörperschaften und die dezentralen Bezirksverwaltungsgremien als »ausführende Organe des Magistrats« zu wählen. Am 20. Juni 1920 gaben rund 1,65 Millionen der insgesamt 2,55 Millionen wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner ihre Stimmen für die alle vier Jahre neu zu wählende Stadtverordnetenversammlung und die parallel zu wählenden Bezirksversammlungen ab. Bei der Stadtverordnetenwahl konnten die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen 125 der insgesamt 225 Mandate gewinnen und die linke Mehrheit im Stadtparlament verteidigen. Hierbei war die USPD mit 86 Mandaten die eindeutige Gewinnerin, wohingegen der Abwärtstrend der Mehrheits-SPD in der Wählergunst weiter zunahm. Nur noch 17,2 Prozent der (Groß-)Berliner wählten die SPD. Die Profiteure der sozialdemokratischen und linksliberalen (auch das Ergebnis der DDP halbierte sich) »Stimmenverluste« waren die rechtsliberale DVP und die konservative DNVP. Die Verschiebungen in den Stimmverhältnissen waren eine Folge der Eingemeindung der überwiegend bürgerlich geprägten Berliner Vororte und der

meinde auf Antrag des sozialdemokratischen preußischen Innenministers in der Preußischen Landesversammlung mit den Stimmen von SPD, USPD und einer Mehrheit der liberalen DDP. Vgl. BÜSCH, *Das neue Groß-Berlin*, S. 9. Sowie STRAUCH, *Wermuth*, S. 67ff.

115 Vgl. hierzu ausführlich EBD., S. 20. Vgl. auch BISKY, *Berlin*, S. 459ff.

116 BÜSCH, *Das neue Groß-Berlin*, S. 12.

damit verbundenen veränderten Wählerschaft.¹¹⁷ »Alles in allem hatte sich also«, so das Fazit von BÜSCH, »der Zusammenschluß des ›roten‹ Berlin mit den Vorstädten und ländlichen Gemeinden zum Vorteil der bürgerlichen Kräfte ausgewirkt, wenn auch eine herausragende numerische Stärke weiterhin eindeutig auf seiten [sic!] der sozialistischen Parteien lag.«¹¹⁸

Die linke Mehrheit schlug in der Zusammensetzung des neuen Magistrats zu Buche. Dieser war nach der weiterhin geltenden preußischen Städteordnung von 1853 nicht nur ausführende Körperschaft der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch ein dem Stadtparlament gleichgestelltes beschlussfassendes Organ.¹¹⁹ Die Stadtverordnetenversammlung wählte einen überwiegend sozialdemokratischen Magistrat und setzte ohne die Stimmen der bürgerlichen Parteien die Wiederwahl WERMUTHS als Oberbürgermeister durch. Nach nunmehr acht Jahren als Stadtoberhaupt entschied sich letzterer jedoch wenige Wochen nach seiner Wiederwahl zum Rücktritt. Ein entscheidender Grund für WERMUTHS Rückzug im November 1920 war die geschlossene Gegnerschaft des bürgerlichen Lagers, das ihm die anhaltende enge und vertrauensvolle Kooperation mit den sozialdemokratischen Parteien vorwarf.¹²⁰ Mit Blick auf die Bewältigung der Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit verteidigte WERMUTH seine Integrationspolitik lange mit den politischen Verhältnissen in Berlin, die nun mal anders lägen als im Reich. In Berlin habe es, wie KÖHLER darlegt, eine kräftige sozialistische Mehrheit gegeben und diese habe es nicht geraten erscheinen lassen, Konstruktionen zu suchen, die sich gegen die stärkste politische Kraft in der Stadt richteten.¹²¹ Doch nach der Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie verlor WERMUTH gegen Ende des Jahres 1920 seine linke Mehrheit im Stadtparlament. Durch die Vereinigung der USPD-Linken mit der KPD schrumpfte die Fraktion der Unabhängigen um 21 Stadtverordnete, welche nun der kommunistischen Fraktion angehörten.¹²²

Für den Realpolitiker WERMUTH, der sich stets auf das Machbare konzentrierte und dabei parteiübergreifend Mitstreiter gewann, kam eine Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei, gegen die er entschieden kämpfte, nicht in Frage.¹²³ Er zog die Konsequenzen. Im Amt des Berliner Oberbürgermeisters folgte ihm der bisherige Stadtkämmerer Gustav BÖB (1873–1946), der sich im Januar 1921 mit den Stimmen der mehrheitssozialdemokratischen und der bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung gegen den USPD-Kandidaten Hermann WEYL durchsetzte. Da eine Unterstützung

117 Vgl. WEIPERT, *Das Rote Berlin*, S. 165.

118 BÜSCH, *Das neue Groß-Berlin*, S. 32.

119 Vgl. EBD., S. 40.

120 Vgl. KÖHLER, *Berlin*, S. 822f. Vgl. auch WERMUTH, *Beamtenleben*, S. 438ff.

121 Vgl. KÖHLER, *Berlin*, S. 823.

122 Die Spaltung der USPD war das Ergebnis anhaltender innerparteilicher Richtungskämpfe und Gegensätze. Zum Bruch kam es schließlich im Oktober 1920 als die Mehrheit der Parteilinken den Anschluss an die »Kommunistische Internationale« durchsetzen konnte. Die Vereinigung des linken Parteiflügels mit der KPD folgte zwei Monate später. Der übrig gebliebene »Rumpf« der USPD schloss sich im September 1922 mit der Mehrheits-SPD zur »Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« (bald darauf wieder SPD) zusammen. Vgl. POTTHOFF/MILLER, *Kleine Geschichte*, S. 104ff. Mit Blick auf die Verhältnisse in Berlin vgl. auch KÖHLER, *Berlin*, S. 827.

123 Vgl. LUISENSTÄDTER BILDUNGSVEREIN E.V., *Wermuth* (oben Kapitel IV, Anm. 112).

WEYLS langfristig eine Einbindung der KPD in die kommunalpolitische Arbeit nach sich gezogen hätte, orientierte sich die Berliner SPD hin zu einer Mitte-Links-Koalition. Damit folgten sie dem Kurs, den sie bereits auf Reichs- und Landesebene eingeschlagen hatten. Künftig sollte es zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit der linksbürgerlichen DDP kommen. Böß, der zunächst ohne Parteimitgliedschaft den Demokraten zugerechnet wurde, unterstützte die SPD in erster Linie aufgrund seiner Qualifikation als Verwaltungsfachmann. Darüber hinaus wurde ihm sein Einsatz zugunsten der sozial Schwachen während der Kriegs- und Nachkriegsjahre hoch angerechnet.¹²⁴ Auch drei Jahre nach dem Kriegsende stand das nun neugewählte Stadtoberhaupt vor gewaltigen Problemen:

»Nach den eigenen Worten seiner Antrittsrede waren es ›Hunger und Elend, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot und andere Mühsale‹, die – man konnte sagen: wieder einmal oder noch immer – die Stadt beherrschten; und weiter: ›Ungeheure Aufgaben der Organisation der Stadtverwaltung‹ warteten der Lösung, und die ›Ansprüche unserer Arbeiter, Angestellten und Beamten‹ bereiteten schwere Sorgen; vor allem aber: ›Auf Schritt und Tritt hemmt uns die traurige Finanzlage der Stadt.«¹²⁵

Während Böß das schwere Erbe seines Vorgängers antrat, sich der Vereinheitlichung der gänzlich überforderten und schleppenden Verwaltung annahm und der Bekämpfung des hauptstädtischen Schuldenbergs in Höhe von rund 900 Millionen Mark verschrieb, stand im Oktober 1921 die Wiederholung der Stadtverordnetenwahlen vom Juni 1920 an. Die Ergebnisse der Juniwahlen von 1920 wurden infolge einer Wahlanfechtung seitens der bürgerlichen Parteien für ungültig erklärt. Der Ausgang dieses neuerlichen Wahlgangs am 16. Oktober habe KÖHLER zufolge einen gewissen Trend zur Normalisierung widergespiegelt: »Das Pendel, das nach dem Krieg weit nach links ausgeschlagen war, bewegte sich jetzt stärker zur Rechten hin.«¹²⁶ Die SPD ging mit 46 Mandaten zwar als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor, doch insgesamt büßten die Linksparteien unter Einschluss der KPD ihre Dominanz ein. Die – wenn auch schwache – Mehrheit besaß nun das »bürgerliche« Lager mit 150 Stimmen. Für die künftige Umsetzung sozialdemokratischer Politik in der deutschen Hauptstadt war das Wahlergebnis ein Rückschlag. Ein Trost für die Sozialdemokraten aber blieb: die bürgerliche Mehrheit in der Versammlung besaß zunächst »keine gesetzliche Handhabe, den [überwiegend sozialdemokratisch zusammengesetzten] Magistrat gemäß den neuen politischen Machtverhältnissen [...] umzugestalten«¹²⁷. SPD und USPD hatten demzufolge über einige sozialdemokratisch dominierte Bezirksversammlungen hinaus auch weiterhin die Möglichkeit, in ihrem Sinne auf das kommunalpolitische Geschehen und die Bewältigung der Nachkriegsprobleme in der Metropole Einfluss zu nehmen.

124 Vgl. KÖHLER, Berlin, S. 826f.

125 BÜSCH, Das neue Groß-Berlin, S. 36.

126 KÖHLER, Berlin, S. 830.

127 BÜSCH, Das neue Groß-Berlin, S. 40. Waren die Magistratsmitglieder einmal gewählt, so Büsch, blieben sie in der Regel – von veränderten politischen Mehrheiten rechtlich unberührt – zwölf Jahre im Amt.

1.4 Zurück zur »Normalität«? Die Wirtschafts- und Geschlechterverhältnisse

Die vier langen Kriegsjahre setzten den einstigen Wirtschaftsmetropolen Mitteleuropas schwer zu. Mit dem Weltkrieg verloren die beiden für den Krieg so wichtigen Produktionsstandorte Berlin und Wien ihre international bedeutende Stellung als Industrie-, Handels- und Finanzzentren. Zwar gelang es den beiden Städten im Verlauf der 1920er Jahre, ihre Wirtschaft wieder allmählich aufzubauen, doch erforderte die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme Zeit, viel Geduld und weiterhin große Entbehrungen. Das Bild, das die wirtschaftliche Lage in Wien und Berlin gegen Ende des Jahres 1918 zeichnete, deutete auch nicht darauf hin, dass sich das »riesige graue Häusermeer«¹²⁸ Berlin und die »tote Stadt«¹²⁹ Wien von den katastrophalen Zuständen, die der Krieg hinterlassen hatte, bald wieder erholen könnten. Die Umstellung der konzentrierten Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion fiel beiden Städten schwer. Der weiterhin vorherrschende Mangel an Rohstoffen und Kohle, die bis zum Sommer 1919 aufrechterhaltene Blockade seitens der Alliierten mit den damit verbundenen Ein- und Ausfuhrverboten, Transportprobleme aufgrund verschlissener Verkehrsmittel und die Ablieferung von Lokomotiven und Eisenbahnwaggons an die Entente führten in Berlin und Wien zur drastischen Drosselung der industriellen Produktion.¹³⁰ Dabei befand sich die frühere Habsburgermetropole in einer weitaus schwierigeren Lage als die deutsche Hauptstadt. Mit dem Zerfall der Donaumonarchie fiel zugleich ein einheitlich gewachsener, zusammenhängender und nahezu autarker Wirtschaftsraum auseinander. Die industriellen und landwirtschaftlichen Ressourcen des ehemaligen Riesens Reichs waren unterschiedlich verteilt und die verschiedenen Teile des Produktionsprozesses waren nun durch Grenzen getrennt – die austarierte Arbeitsteilung der Kronländer existierte nicht mehr.¹³¹ Der »ökonomische Strukturschock« erfasste die gesamte Alpenrepublik und traf Wien besonders schwer:

»Die Produktion war auf die Kriegsbedürfnisse eines Großstaates ausgerichtet, während die Stadt nun von wichtigen Gütern, selbst jenen für die Sicherung des bloßen Überlebens der Bevölkerung, abgeschnitten war. Unter strukturellen Gesichtspunkten verblieben im einstigen gemeinsamen Zentrum die großen Verwaltungszentralen und Banken, die für die neuen Verhältnisse zu groß dimensioniert waren und in weiterer

128 KÖHLER, Berlin, S. 797.

129 EMMERLING, Georg: »Das Wien des Aufbaus«, in: Das neue Wien. Städtewerk, Bd. 1, Wien 1926, S. 9–12, hier S. 9.

130 Vgl. COX, Hunger, S. 241. ROUETTE, Sozialpolitik, S. 45. Vgl. auch PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 35ff. EIGNER, Peter: »Umsturz der Werte: Das Nachkriegswien«, in: Die Welt der Habsburger – Der Erste Weltkrieg. Im Internet unter: <https://www1.habsburger.net/de/kapitel/umsturz-der-werte-das-nachkriegswien> (30.10.2019).

131 Vgl. PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 36. Die regionale Arbeitsteilung des Habsburgerreiches wurde, wie Fritz WEBER darlegt, durch sein Auseinanderbrechen von einem Tag auf den anderen zerrissen. Durch die neuen Grenzen seien Rohstoffvorkommen von Verarbeitungsbetrieben getrennt, aufeinander folgende Produktionsstufen unterbrochen und eine Vielzahl von Märkten an die Stelle eines einheitlichen Absatzraumes, in dem zuvor über fünfzig Millionen Menschen gelebt hatten, gesetzt worden. Vgl. DERS.: »Zusammenbruch, Inflation und Hyperinflation. Zur politischen Ökonomie der Geldentwertung in Österreich 1918 bis 1922«, in: KONRAD/MADERTHANER, Das Werden, Band 2, S. 7–32, hier S. 11f.

Folge zu chronischer Mittelstandsarbeitslosigkeit und einem Überangebot an qualifizierten Arbeitskräften in Wien führten.«¹³²

Die Folgen des abrupten Abschneidens der Rohstoff- und Lebensmittellieferungen aus den ehemaligen Kronländern waren zudem die Stagnation der Produktion, Betriebsstillegungen und Insolvenzen, wodurch die Erwerbslosenzahlen ebenfalls massiv zunahmen.¹³³ Doch nicht nur Wien wurde nach Kriegsende von einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit beherrscht. Auch in Berlin führten die Umstellung auf die Friedenswirtschaft und die damit einhergehenden Produktionseinbrüche zu einer hohen Erwerbslosenzahl. Diese erreichte ihren ersten Höhepunkt im Februar/März 1919 mit rund 235.000 Arbeitslosen im Groß-Berliner Raum.¹³⁴ Im Verlauf des ersten Nachkriegsjahres nahm die Arbeitslosigkeit zwar wieder ab (100.000 im November 1919), doch insgesamt blieb sie eine dauerhafte Belastung für die deutsche Hauptstadt. KÖHLER zufolge lag die Zahl der erwerbslosen Berliner weit über dem Reichsdurchschnitt. Hier lebte rund ein Viertel bis ein Drittel aller in Deutschland unterstützten Arbeitslosen. Dabei noch nicht berücksichtigt ist der gleichfalls hohe Anteil an Dauerarbeitslosen, die keine Unterstützung erhielten.¹³⁵ Als Hauptursache für die hohen Erwerbslosenzahlen in Berlin sieht KÖHLER jedoch weniger die wirtschaftlichen Probleme der Stadt, sondern vielmehr die unaufhörlich zunehmende Zuwanderung. Kaum anders lagen die Verhältnisse in Wien. Auf bessere Lebensverhältnisse hoffend zog es immer mehr Menschen in die Hauptstädte, ohne dass das entsprechende Arbeitsplatzangebot vorhanden war. So trafen sowohl in Berlin als auch in Wien unzählige heimkehrende Kriegsteilnehmer und mit ihnen auch eine nicht unerhebliche Zahl an zivilem Hilfspersonal, das im Felde tätig gewesen war, auf einen von Massenarbeitslosigkeit beherrschten Arbeitsmarkt.

Die Rückkehr der Männer von der Front und ihre Reintegration in die Erwerbsgesellschaft waren bereits zu Kriegszeiten Gegenstand intensiver Debatten in Deutschland und Österreich. Im Verlauf des Krieges fanden Frauen von der (Rüstungs-)Industrie bis zum öffentlichen Dienst in praktisch allen Bereichen der Arbeitswelt Beschäftigung und trugen darüber hinaus Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben, vor allem in der Organisation der Versorgung. Die stark gestiegene Frauenerwerbstätigkeit gab Anlass zu Diskussionen um die Gestaltung der Friedensgesellschaft, an denen sich sowohl die Regierungen und Verwaltungen als auch Parteien, Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Unternehmerverbände beteiligten.¹³⁶ Dabei herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass die Kriegsteilnehmer einen Anspruch auf ihre früheren Arbeitsplätze hatten und insbesondere diejenigen Frauen, die in den Männerdomänen beschäftigt waren, den zurückströmenden Männern Platz machen müssten.

Zu den ersten Maßnahmen der staatlichen Arbeitsmarktregulierung gehörte das Wiedereinführen der im Krieg außer Kraft gesetzten Arbeitsschutzbestimmungen für

132 MERTENS, Weiskirchner, S. 195.

133 Vgl. WEIHMANN, *Das Rote Wien*, S. 15.

134 Vgl. DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 566.

135 Vgl. KÖHLER, *Berlin*, S. 834.

136 Vgl. ROUETTE, *Sozialpolitik*, S. 255. HAUCH, Gabriella: »...daß die Frau wirklich gleichberechtigt, gleichbefähigt ist?! Frauenwahlrecht und ambivalente Geschlechterverhältnisse in der Ersten Republik«, in: KONRAD, 1918–2018, S. 27–30, hier S. 28.

Frauen und Jugendliche.¹³⁷ Infolge von Demobilmachungsverordnungen, die u.a. die Wiedereinstellungs- und Entlassungsverfahren regelten, wurden jene Arbeitskräfte, deren »Ernährer zurückgekehrt« war, und Beschäftigte, die nicht auf den Erwerb angewiesen waren, entlassen. Der Historikerin Susanne ROUETTE zufolge galt es bald nicht mehr nur, »die kriegsbedingten Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt rückgängig zu machen«, sondern auch »die knappen Arbeitsplätze nach Kriterien sozialer Gerechtigkeit zu verteilen«¹³⁸. Nach damaliger Auffassung habe den erwerbslosen Familienvätern ein moralisch stärkeres Recht auf Arbeit zugestanden als verheirateten Frauen, die in der Regel als nicht »erwerbsbedürftig« definiert und mit Verweis auf den Unterhalt des Ehemannes in die Familiensphäre zurückgedrängt wurden. Es gab durchaus Frauen, die mit der Rückkehr des Familienernährers freiwillig ihre Erwerbstätigkeit aufgaben. Nicht wenige von ihnen empfanden ihre berufliche Beschäftigung mehr als Zwang denn als Befreiung. »Tatsächlich ließen die katastrophalen Arbeitsbedingungen und die Doppel- und Dreifachbelastungen bei vielen Frauen den Wunsch nach einer Rückkehr zu den traditionellen Aufgaben in der Familie aufkommen«, betont Karin Maria SCHMIDLECHNER, »doch war ihre Zahl zu gering, als dass ihr Abgang eine effektive Umstrukturierung der Frauen- und Männerarbeitsplätze bewirkt hätte.«¹³⁹ Ledigen Frauen und Kriegswitwen, aber auch Frauen, deren Ehemänner invalid waren oder unzureichenden Lohn mit nach Hause brachten, blieb hingegen eine »Rückkehr in die Normalität« häufig verwehrt. Gleichfalls waren auch nicht wenige von ihnen inzwischen in Berufen tätig, die sie nicht mehr aufzugeben bereit waren. Im Kampf um die Arbeitsplätze gingen diese Frauen jedoch zumeist als Verliererinnen hervor.¹⁴⁰ Gegen ihren Willen wurden sie gezwungen, auf das traditionell weibliche Segment des Arbeitsmarktes und somit auf die schlecht entlohten Arbeitsplätze in den alten »Frauenindustrien« zurückzukehren.

Es gab jedoch auch Wienerinnen und Berlinerinnen, die ihre berufliche Stellung nach dem Krieg behaupten konnten. Hierbei handelte es sich oftmals um junge, ledige Frauen der Mittelschicht. Sie drangen durch den zunehmenden Prozess der Tertiärisierung vermehrt in den Öffentlichen Dienst und in Angestelltenberufe vor und arbeiteten u.a. als Sekretärin, Stenotypistin oder Lehrerin.¹⁴¹ Es waren aber nicht nur die Kontore der großen Handelshäuser, die Büros der Industriebetriebe und Verkaufsstellen der großen Warenhäuser, die sich mehr und mehr zum »selbstverständlichen Bereich der

137 Vgl. hierzu und zu den weiteren Ausführungen ROUETTE, Sozialpolitik, S. 253ff. ROUETTES Darstellung bezieht sich auf die Entwicklungen in der Weimarer Republik, die den Vorgängen in Österreich sehr ähnlich waren. Vgl. hierzu u.a. SCHMIDLECHNER, Karin Maria: »Die neue Frau? Zur sozioökonomischen Position und kulturellen Lage«, in: KONRAD/MADERTHANER, Das Werden, Band 2, S. 87–102.

138 ROUETTE, Sozialpolitik, S. 255.

139 SCHMIDLECHNER, Die neue Frau, S. 94. Vgl. auch GUTTMANN, Weibliche Heilmarmee, S. 217.

140 Vgl. EBD., S. 95. Vgl. auch EMBACHER, Helga: »Der Krieg hat die göttliche Ordnung zerstört! Konzepte und Familienmodelle zur Lösung von Alltagsproblemen, Versuche zur Rettung der Moral, Familie und patriarchalen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg«, in: *Zeitgeschichte* 15, 9/10 (1988), S. 347–363, hier S. 351.

141 Vgl. SCHMIDLECHNER, Die neue Frau, S. 97. Vgl. auch PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 305.

Frau« entwickelten. Auch die Fabriken und Betriebe der Maschinenindustrie, der Metallverarbeitung, der Elektro- und Chemieindustrie, stellte die Sozialwissenschaftlerin Käthe LEICHTER (1895–1942) für Österreich fest, wiesen im Vergleich zur Vorkriegszeit einen erhöhten Anteil weiblicher Arbeitskräfte auf.¹⁴² Dennoch waren viele der Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit nach dem Krieg aufrechterhalten konnten, mit geschlechtshierarchischer Benachteiligung konfrontiert. So verdienten sie in der Regel weniger als die männlichen Angestellten und »Familienerhalter«. Ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld, in dem sich viele Frauen behaupten konnten, war die öffentliche (und private) Fürsorgearbeit, die sich im Zuge des Krieges vom Männerberuf zum sozialen Frauenberuf bzw. zu bezahlter sozialer Arbeit entwickelte. Die Ausbildung an sozialen Frauenschulen in Deutschland wurde z.B. staatlich anerkannt und in die öffentlich-rechtliche Bildungslandschaft eingegliedert.¹⁴³ Auch in Österreich entwickelte sich das öffentliche Wohlfahrtswesen zu einem bedeutenden Tätigkeitsbereich der Frauen. Entwicklungen wie diese waren aber die Ausnahme. Vorherrschend blieb die staatlich forcierte geschlechtsspezifische Segregation und die damit einhergehende Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die auch in der im November 1918 eingeführten Erwerbslosenfürsorge ihren Niederschlag fand. So resümierte ROUETTE:

»Fußend auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens und geprägt durch eine beeindruckende Homogenität der Sichtweisen formulierte die Demobilisierungspolitik [...] ein Modell geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und damit zugleich ein Programm der Geschlechterbeziehungen. Hierin wurden Männer prinzipiell als potentielle oder tatsächliche Ernährer der Familie, Frauen hingegen als potentielle oder tatsächliche Ehefrauen, Hausfrauen und Mütter gedacht. Dieses Programm sicherte den männlichen Arbeitskräften die besseren Erwerbschancen und verwies die weiblichen Arbeitskräfte auf die nun wieder eindeutig umgrenzten Segmente des Teilarbeitsmarktes für Frauen.«¹⁴⁴

Der Wunsch nach der Wiederherstellung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung war auch Ausdruck der allgemein vorherrschenden Sorgen um den Erhalt der Familie, die in der zeitgenössischen Wahrnehmung von Auflösung bedroht zu sein schien. Hierbei war es nicht nur die wahrgenommene zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen,

142 Vgl. LEICHTER, Käthe: »Die Entwicklung der Frauenarbeit nach dem Krieg«, in: DIES., Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, hg. von der KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE IN WIEN, Wien 1930, S. 28–42, hier S. 32. DIES.: Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz in Österreich, Wien 1927, S. 30ff.

143 Vgl. HAMMERSCHMIDT, Peter: Die bürgerliche Frauenbewegung und die Entwicklung der sozialen Arbeit zum Beruf – ein Überblick, in: ENGELFRIED, Constance und Corina VOIGT-KEHLENBECK (Hg.), Gendered Profession. Soziale Arbeit vor neuen Herausforderungen in der zweiten Moderne, Wiesbaden 2010, S. 23–40, hier S. 34f. Ferner ZAHN-HARNACK, Agnes von: Die arbeitende Frau, Breslau 1924, S. 18ff.

144 ROUETTE, Sozialpolitik, S. 257. Auch die Unterstützungsbedingungen seien ROUETTE zufolge von Anbeginn so formuliert und gehandhabt worden, dass arbeitslose Frauen spürbar seltener als männliche Arbeitslose eine Unterstützung erhielten. Zudem galten für Bezieherinnen der Erwerbslosenfürsorge andere Maßstäbe als bei männlichen Unterstützten. Vgl. EBD., S. 259. Sowie SCHMIDLECHNER, Die neue Frau, S. 93. PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 304.

die die Debatten um die Bedeutung von Ehe und Familie für Gesellschaft und Staat nach dem Krieg vorantrieb. Auch mit Blick auf den statistisch gemessenen Rückgang der Heirats- und Geburtenziffern und den Anstieg des Heiratsalters sowie der Scheidungszahlen, betont der Zeithistoriker Christopher NEUMAIER, »schien es, als würde die Kernfamilie ihre Orientierungsfunktion verlieren und damit das Zusammenleben nicht mehr ordnen können«¹⁴⁵. Die Wiederherstellung der tradierten Familienordnung sollte schließlich den instabilen Lebens- und Gesellschaftsverhältnissen entgegenwirken. Wenngleich die Ansichten über die Ausgestaltung »der« Familie in den Diskussionen auseinandergingen, so wurde die Ordnungs- und Stabilisierungsfunktion der Institution »Familie« von allen Vertretern der unterschiedlichen soziokulturellen Milieus anerkannt.¹⁴⁶ Die unmittelbar nach dem Krieg einsetzende Demobilmachung der Frauenerwerbsarbeit zielte somit auf die Korrektur der »Geschlechterunordnung« in den durch den Krieg veränderten Arbeits- und Familienverhältnissen. Doch wie oben angedeutet ließ sich ein »Zurück zum Status Quo der Vorkriegszeit«¹⁴⁷ im Leben der meisten Familien nicht verwirklichen. Da Väter und Söhne oftmals nicht nur desillusioniert und/oder traumatisiert, sondern auch invalid oder gar nicht mehr nach Hause kamen, hatten sich die Familienkonstellationen vielfach geändert. HÄMMERLE veranschaulicht die neuen familiären Nachkriegsverhältnisse:

»Die meist jahrelange Trennung setzte zu; so kannten viele Kinder ihren Vater nicht oder hatten sich, wie wir etwa aus Kindheitserinnerungen wissen, diesem »entfremdet«. Auch viele Ehepaare mussten sich wieder aneinander gewöhnen, vor allem wenn sie angesichts der Kriegssituation rasch geheiratet hatten, Männer mit einer erhöhten Selbständigkeit der Frauen nicht zurechtkamen oder im Laufe eines langen Kriegseinsatzes überhaupt den Bezug zur veränderten Heimat verloren hatten.«¹⁴⁸

Begleitet wurden diese innerfamiliären Beziehungsschwierigkeiten von äußeren problematischen Lebensbedingungen. Für eine Rückkehr in geordnete Verhältnisse fehlte es in den Familien oftmals an den materiellen Grundvoraussetzungen. Die vorherrschende hohe Arbeitslosigkeit und der starke Rückgang der Reallöhne unter den Stand der Vorkriegszeit bewirkten, dass der überwiegende Teil der Familien mit einem Einkommen allein nicht auskam. Darüber hinaus war es unter diesen Bedingungen für viele ledige Frauen unmöglich, eine dauerhaft auskömmliche und von einem Ernährer unabhängige Existenz zu führen. »Die proklamierte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen »Familienernährern« und »Hausfrauen und Müttern« war folglich für weite Teile der Bevölkerung nicht lebbar«, schlussfolgerte ROUETTE.¹⁴⁹

Die vehement vorangetriebene Rekonstruktion der Geschlechterverhältnisse fand in der Lebensrealität der meisten Frauen und Männer ihre Grenzen. Dies trug dazu bei,

145 NEUMAIER, Christopher: Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken, Berlin 2019, S. 76. Vgl. auch SCHMIDLECHNER, Die neue Frau, S. 91.

146 Vgl. NEUMAIER, Familie, S. 76f. und S. 90. Vgl. auch HEALY, Maureen: »Am Ende und doch kein Ende«, in: PFOSE/WEIGL, Epizentrum, S. 572–577, hier S. 575.

147 HÄMMERLE, Christa: »Alltag in der Zeitenwende«, in: KONRAD, 1918–2018, S. 15–18, hier S. 17.

148 EBD., S. 15f. Vgl. hierzu auch ROLLET, The home, S. 348ff. SIEDER, Behind the lines, S. 129.

149 ROUETTE, Sozialpolitik, S. 261. NEUMAIER, Familie, S. 118ff. Vgl. auch PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 305.

dass das Ideal der tradierten Familienordnung als Hort der Stabilität in der Gesellschaft weiterhin vorherrschend blieb. Zwar traten mittlerweile auch sozialdemokratische bzw. emanzipatorische Familienkonzepte, die die Gleichrangigkeit der Geschlechter in der Ehe und Familie forderten, aber dennoch nicht die traditionelle Aufgabenteilung zwischen Frau und Mann in Frage stellten, verstärkt neben das konservativ-bürgerliche Familienmodell, doch durchsetzen konnte sich das Ideal der gleichberechtigten Partnerschaft nicht.¹⁵⁰ Alles in allem behaupteten die Männer während der 1920er Jahre ihre Vormachtstellung im Familiendasein. Trotz oder gerade aufgrund der schwierigen Lebensverhältnisse infolge des Krieges erbrachten die familialen (bzw. verwandtschaftlichen) Solidargemeinschaften, wie HÄMMERLE darlegt, schließlich für zahlreiche Kriegsheimkehrer eine hohe Reintegrationsleistung.¹⁵¹ Die familiäre Bewältigung der Nachkriegsorgen festigte die Familie als soziale Institution und als Beziehungsgefüge. Von einer Destabilisierung der Familie, wie sie von vielen Zeitgenossen in den 1920er Jahren wahrgenommen wurde, konnte demzufolge nicht die Rede sein.¹⁵²

Die Stellung der Frau in Familie und Nachkriegsgesellschaft hatte sich, so wurde in der Forschung bereits oft betont, mit Ausnahme des Frauenwahlrechts gegenüber der Vorkriegszeit nicht stark verändert. Dass dies aber nicht für alle Frauen galt, zeigt die nicht zu unterschätzende Zahl von Frauen, die nach Kriegsende auf sich allein gestellt waren. Durch den Verlust des (Familien-)Ernährers infolge von Tod oder Trennung – nach dem Krieg stiegen allerorten die Scheidungsziffern – und unzureichender Unterstützungsleistungen mussten viele Frauen ihre im Krieg erlangte Rolle als Familienernährerin fortführen. Da die verbreitete Not viele (auch verheiratete) Frauen weiter zur Erwerbstätigkeit zwang, erfüllten sich die vorrangig von männlichen Entscheidungsträgern in Politik und Gewerkschaften gehegten Erwartungen hinsichtlich eines massiven Rückgangs der Frauenerwerbsarbeit nicht.¹⁵³ Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Nachkriegszeit und auch das häufiger in Erscheinung getretene Phänomen der selbstän-

150 SCHMIDLECHNER, *Die neue Frau*, S. 100. NEUMAIER, *Familie*, S. 124. Hierzu ausführlich auch HEINEMANN, Rebecca: *Familie zwischen Tradition und Emanzipation. Katholische und sozialdemokratische Familienkonzeptionen in der Weimarer Republik*, München 2004.

151 HÄMMERLE, *Alltag*, S. 16. DIES., *Heimat/Front*, S. 200. Damit widerspricht HÄMMERLE der in der Forschung inzwischen breit diskutierten These von der »Krise der Männlichkeit« nach dem Krieg, wonach vor allem in Österreich eine »Orientierungslosigkeit« der Heimkehrer vorgeherrscht (EMBACHER) und eine unzureichende Reintegration der kriegsbedingt »entmännlichten« Soldaten durch die Familien stattgefunden habe (HEALY). Ohne die Probleme der »männlichen Ordnung« als solche infrage zu stellen, verweist HÄMMERLE in ihrer Darstellung auf die Ambivalenz des Krisenkonzepts. Siehe auch HÄMMERLE, Christa: »Vor vierzig Monaten waren wir Soldaten, vor einem halben Jahr noch Männer...« Zum historischen Kontext einer »Krise der Männlichkeit« in Österreich, in: *L'Homme* 19/2 (2008), S. 51–74, hier S. 72. In diesem Kontext siehe auch den Beitrag EMBACHER, Der Krieg. Sowie HEALY, Maureen: »Civilizing the Soldier in Postwar Austria«, in: WINGFIELD, Nancy M. und Maria BUCUR (Hg.), *Gender and War in Twentieth-Century Eastern Europe*, Bloomington 2006, S. 47–69.

152 Vgl. NEUMAIER, *Familie*, S. 101f. Zur ordnungsstiftenden Funktion der Familie nach dem Krieg vgl. EBD., S. 91.

153 Vgl. PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 305. Ferner SIEDER, *Behind the lines*, S. 130f. Vgl. auch ZAHN-HARNACK, *Die arbeitende Frau*, S. 33ff.

digen und selbstbewussten »neuen Frau«¹⁵⁴, das freilich auf kleinere Kreise der Gesellschaft beschränkt blieb, verdeutlichen, dass ein »Rollback« nicht vollumfänglich möglich war. Die im Vergleich zur Vorkriegszeit nahezu gleichbleibende Erwerbsquote von Frauen belegt wiederum eindrücklich¹⁵⁵, dass die umfassende Emanzipation der Frau noch in weiter Ferne lag.

1.5 »Blutarme Elendszeit«: Die Währungskatastrophe und ihre sozialen Folgen

Die Hoffnungen der kriegsmüden Berliner und Wiener, dass der Übergang in die Friedensgesellschaft und -wirtschaft ein schnelles Ende der kriegsbedingten sozialen Krise bringen würde, erfüllten sich nicht. Vielmehr erlebten die Menschen während der Nachkriegsjahre eine Verschärfung der krisenhaften Zustände. Zwischen 1918 und 1922/23 stand das Alltagsleben in Wien und Berlin ganz im Zeichen »der größten je da gewesenen Geldentwertung«¹⁵⁶, deren Hauptursache im Krieg und in der auf seine Erfordernisse hin ausgerichteten Wirtschaft lag. Sowohl in der Habsburgermonarchie als auch im Deutschen Reich konnten die Kosten des Krieges nicht durch Steuereinnahmen gedeckt werden. Die Kriegsfinanzierung erfolgte in erster Linie durch Kriegsanleihen bei der eigenen Bevölkerung und Aufnahme kurzfristiger Kredite, mit denen eine drastische Steigerung des Geld- und Notenumlaufs einherging. Während die Notenpressen unaufhörlich liefen und die Geldmengen aufblähten, verringerte sich als Folge der einseitigen Ausrichtung der Produktion auf den militärischen Kriegsbedarf das Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen.¹⁵⁷ Die deutsche Mark und die österreichische Krone verloren zunehmend an Kaufkraft und Außenwert. Bei Kriegsende besaßen beide Währungen im Verhältnis zu den wichtigsten Fremdwährungen nur noch fünfzig Prozent ihres früheren Wertes.¹⁵⁸ Mit Blick auf die Lage in Österreich konstatiert der österreichische Wirtschaftshistoriker Fritz WEBER:

»Der Krieg hatte zu einer konsumtiven Überbeanspruchung des Sozialprodukts durch den Staat geführt. Die Inflation war der monetäre Ausdruck dafür, dass Konsum und

154 Vgl. zur Leitfigur der »neuen Frau« in Berlin EIFERT, Christiane: »Die neue Frau: Bewegung und Alltag«, in: GÖRTEMAKER, Manfred (Hg.), Weimar in Berlin. Porträt einer Epoche, Berlin 2002, S. 82–103. Zur »neuen Frau« in Wien und Österreich vgl. SCHMIDLECHNER, Die neue Frau, insb. S. 101f.

155 In Berlin wuchs der Anteil der berufstätigen Frauen zwischen 1907 und 1925 lediglich von 34,9 auf 35,6 Prozent. Vgl. EIFERT, Die neue Frau, S. 84. Auch in Wien nahm die Frauenerwerbsquote zwischen 1910 und 1923 nur geringfügig zu. Nach den Ausführungen von Käthe LEICHTER stieg hier der Anteil berufstätiger Frauen von rund 36,3 Prozent auf 36,9 Prozent. Vgl. DIES., Frauenarbeit, S. 24. An dieser Stelle sei noch auf die Ausführungen zur Frauenlohnarbeitsentwicklung von Ute DANIEL hingewiesen. DANIEL zufolge war der Erste Weltkrieg kein »Schrittmacher der Frauenemanzipation«. Auch während des Krieges bewegte sich die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit auf dem Niveau der Vorkriegszeit. Vgl. DANIEL, Arbeiterfrauen, S. 106f.

156 MATIS, Herbert: »Notleidende Millionäre bevölkerten damals Österreich: Die Währungs- und Geldpolitik in der jungen Republik«, in: KONRAD/MADERTHANER, Das Werden, Band 2, S. 33–48, hier S. 33.

157 Vgl. GREVELHÖRSTER, Kleine Geschichte, S. 81. PFOSER/WEIGL, Stunde Null, S. 107. Sowie MATIS, Notleidende Millionäre, S. 37.

158 Vgl. PFOSER/WEIGL, Stunde Null, S. 107. GREVELHÖRSTER, Kleine Geschichte, S. 81.

Produktion, Angebot und Nachfrage, Gütererzeugung und Geldmenge (als potenzielle Nachfrage nach Gütern) weit auseinanderklafften. Bis Ende November 1918 war die in Umlauf befindliche Geldmenge während des Krieges kontinuierlich auf das fast Fünfzehnfache des Niveaus von Ende 1913 angestiegen. Die Lebenshaltungskosten (ohne Wohnungsausgaben) hatten sich mehr als versechzehnfacht.«¹⁵⁹

Für die Geld- und Währungspolitik der Nachkriegszeit galt es, die umlaufende Geldmenge zu reduzieren und die Budgetdisziplin wiederherzustellen, was jedoch durch die strukturellen Wirtschaftsprobleme infolge der Auflösung des österreich-ungarischen Wirtschafts- und Währungsraumes nur unzureichend bis gar nicht begonnen werden konnte. Der Zerfall der Währungsunion brachte »abrupte, massive Kursverluste der Krone auf den internationalen Devisenmärkten«¹⁶⁰. Die unsichere politische Lage bewirkte zudem die Kapitalflucht ins Ausland, wodurch die Kursverluste zusätzlich verstärkt wurden. Die bald galoppierende Inflation nahm ihren Lauf und gewann mit der Einführung der innovativen, aber kostspieligen sozialpolitischen Maßnahmen, wie etwa dem Achtstundentag und der Arbeitslosenversicherung, im Verlauf des ersten Nachkriegsjahres an Tempo.

Spätestens im Sommer 1919 kam es auch in Deutschland zu einem verstärkten Wertverfall der Mark. Auch hier wurden keine Maßnahmen gegen die Geldentwertung ergriffen. Mit Blick auf die schwierigen innenpolitischen Verhältnisse von 1918/19 schreckte die Reichsregierung davor zurück, die Bevölkerung über das volle Ausmaß der finanziellen Probleme aufzuklären. Enorme Steuererhöhungen und die Annullierung der Kriegsanleihen wären die Folge gewesen. Aufgrund der staatlichen Zurückhaltung, so GREVELHÖRSTER, »lasteten auf den öffentlichen Haushalten zu Beginn der Weimarer Republik von vornherein hohe Schuldverpflichtungen.«¹⁶¹ Und diese nahmen im Zuge der jüngst vereinbarten Lohnerhöhungen sowie der Sozialisierungs- und Nachkriegsfürsorgemaßnahmen, die wie in Österreich die Aufnahme neuer Schulden unumgänglich machten, immer mehr zu. Mit der Aufhebung der alliierten Wirtschaftsblockade im Sommer 1919, der damit verbundenen Reintegration der deutschen Wirtschaft in den Weltmarkt und dem allmählichen Abbau der Bewirtschaftungsmaßnahmen trat ROUETTE zufolge schließlich die während des Krieges zurückgestaute Inflation offen zutage.¹⁶² Eine wirtschaftliche Wiederbelebung setzte zwar ein, doch der Kurs der Mark befand sich weiterhin auf Talfahrt. Export und Import (der vor allem dringend benötigten Lebensmittel) standen in keinem Verhältnis zueinander. Daneben trugen innenpolitische Krisenmomente (wie der KAPP-LÜTTWITZ-Putsch) und die mit dem Friedensvertrag angekündigten Reparationslasten, über deren Ausmaß bis zum Frühjahr 1921 Ungewissheit herrschte, zur Destabilisierung der Währung bei.¹⁶³ Die Notpressen in Deutschland und Österreich, wo sich das Ende der Entente-Blockade, das

159 WEBER, Zusammenbruch, S. 8.

160 Vgl. PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 108.

161 GREVELHÖRSTER, Kleine Geschichte, S. 81. Vgl. auch KILIAN, Die unbekannte Winterhilfe, S. 34.

162 Vgl. ROUETTE, Sozialpolitik, S. 48.

163 Vgl. GREVELHÖRSTER, Kleine Geschichte, S. 82.

steigende Budgetdefizit und die »de facto uneinbringlichen Reparationsleistungen«¹⁶⁴ ähnlich auf den Kronen-Kurs auswirkten, druckten eifrig weiter.

Währenddessen nahmen die Kleinhandelspreise und Lebenshaltungskosten ungeahnte Ausmaße an. Die Bevölkerung begegnete der dauernden Geldentwertung vor allem mit einem Gefühl der Hilflosigkeit. Nach Ansicht KÖHLERS scheinen die Menschen von einem lähmenden Entsetzen gegenüber dem undurchschaubaren Mechanismus der Inflation befallen gewesen zu sein.¹⁶⁵ Auch die Berliner Schriftstellerin und Zeitgenossin Annemarie LANGE hebt hervor, dass die Berliner die Inflation ähnlich wie eine Naturkatastrophe als unvermeidbare Folge des verlorenen Krieges hingenommen haben.¹⁶⁶ Der zur Zeit der Inflation in Berlin lebende russische Schriftsteller Ilja G. EHRENBURG (1891–1967) beschrieb die Stimmung der Menschen:

»Die Deutschen lebten wie in einem Wartesaal, niemand wußte, was der kommende Tag verhieß... Schweigend lasen die Leute die Zeitung und gingen zur Arbeit. Die Ladeninhaber wechselten täglich ihre Preisschilder: Die Mark fiel. Der Kurfürstendamm wimmelte von Ausländern, für ein Spottgeld kauften sie die Reste verflossener Herrlichkeit. In den Armenvierteln wurden einige Bäckereien gestürmt. Der Zusammenbruch schien unvermeidlich, doch die Fabrikschlote rauchten, die Bankangestellten notierten gewissenhaft die vielstelligigen Zahlen, die Nutten legten sorgfältig Rouge auf, die Journalisten schrieben vom Hunger in Rußland... Auf Schritt und Tritt begegnete man Tanzdielen, wo sich magere Pärchen systematisch abstrampelten. Der Jazz dröhnte... Doch allem zum Trotz nahm man die Katastrophe für ein normales, gutge-regeltes Leben [...].«¹⁶⁷

Berlin und Wien waren während der Inflationszeit von Hektik und Vergnügungstaumel befallen. Dies rührte vor allem aus dem verbreiteten Bedürfnis, nach dem entbehrungsreichen Krieg und seinen vielfach leidvollen Erfahrungen etwas nachzuholen. »Die Überlebenden wollten vergessen, sie suchten nach Ablenkung und unbeschwerter Geselligkeit, nach Unterhaltung und Betätigungen, die das Leben lebenswert machen.«¹⁶⁸ Diese Lebenslust erfuhr durch die Geldentwertung noch eine Steigerung. Während, wie ZWEIG veranschaulicht, »das einstmals Stabilste, das Geld, täglich an Wert verlor, schätzten die Menschen die wirklichen Werte des Lebens – Arbeit, Liebe, Freundschaft, Kunst und Natur – um so höher«¹⁶⁹. Inmitten der Katastrophe lebten die Menschen intensiver und gespannter denn je. Die Passivität der Zeitgenossen gegenüber dem Währungsverfall lässt sich zum Teil auch aus der Tatsache heraus erklären, dass die Inflation nicht ununterbrochen in das Leben der Bevölkerung hereinbrach. Es gab Phasen relativer Währungs-

164 MATIS, *Notleidende Millionäre*, S. 42.

165 Vgl. KÖHLER, *Berlin*, S. 835.

166 Vgl. LANGE, *Berlin in der Weimarer Republik*, S. 336.

167 EBD., S. 380. Ähnlich schilderte auch Stefan ZWEIG die Stimmung in Österreich. Ihm zufolge gewöhnten sich die Menschen an das Chaos und passten sich diesem an. Der Wille zur Kontinuität des Lebens erwies sich stärker als die Labilität des Geldes. Vgl. ZWEIG, *Die Welt*, S. 336. Vgl. hierzu auch RAUSCHER, *Die verzweifelte Republik*, S. 191.

168 PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 313. Vgl. auch KÖHLER, *Berlin*, S. 836. TORP, *Claudius: Konsum und Politik in der Weimarer Republik*, Göttingen 2011, S. 76f.

169 ZWEIG, *Die Welt*, S. 337.

stabilität, die sich mit Phasen verstärkten Wertverfalls abwechselten. Auch stiegen nicht alle Preise in gleicher Weise. Und obgleich die Einkaufspreise zunehmend stiegen, begünstigte die Geldentwertung zugleich eine kräftige Reduzierung bedeutender Kostengrößen wie etwa Steuern, Zinsen und Kreditbelastungen.¹⁷⁰ Trotz der vorherrschenden Wohnungsnot in den Großstädten, die im Zuge des Krieges verheerende Ausmaße annahm, blieben auch die Mieterhöhungen deutlich hinter der Geldentwertung zurück. Die Wohnungsmieten boten für die breite Masse eine Ersparnismöglichkeit. In seinen Erinnerungen schilderte Stefan ZWEIG die absurden neuen Verhältnisse im Kleinstaat Österreich:

»Am grotesksten entwickelte sich das Mißverhältnis bei den Mieten, wo die Regierung zum Schutz der Mieter (welche die breite Masse darstellten) und zum Schaden der Hausbesitzer jede Steigerung untersagte. Bald kostete in Österreich eine mittelgroße Wohnung für das ganze Jahr ihren Mieter weniger als ein einziges Mittagessen; ganz Österreich hat eigentlich fünf oder zehn Jahre (denn auch nachher wurde eine Kündigung untersagt) mehr oder minder umsonst gewohnt.«¹⁷¹

Wer Schulden hatte, wurde sie im Zuge der Inflation auf bequeme Weise los. Hiervon profitierte neben privaten Schuldnern vor allem die öffentliche Hand, die ihre alten Inlandsschulden quasi automatisch loswurde. Da die Passiva binnen kurzer Zeit dahinschwanden, bewirkte die Inflationsperiode für die beiden hoch verschuldeten Staaten und die Finanzverwaltungen ihrer Hauptstädte eine »billige Sanierung« ihrer Haushalte.¹⁷² Die Last dieser »selbstlaufenden« Schuldentilgung trugen zweifelsohne die inländischen Gläubiger und damit vor allem Angehörige des Mittelstandes.

Zu den inflationsbedingten Kostenminderungen gehörten auch die Löhne und die Gehälter. Die rasche Entwertung des Geldkapitals förderte die Bereitschaft vieler Unternehmen, Arbeiternehmer einzustellen und in neue Produktionsstandorte, Maschinen usw. zu investieren. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft habe sich hierdurch, wie GREVELHÖRSTER darlegt, gegenüber den ausländischen Konkurrenten vorübergehend in einer vergleichsweise günstigen Wettbewerbssituation befunden.¹⁷³ Vor allem im Jahr 1921 habe eine für die Exportwirtschaft vorteilhafte große Spanne zwischen dem Kostenniveau im Inland und dem im Ausland bestanden. Daraus resultierend herrschte um 1921/22 in Berlin – wie überall in Deutschland – Vollbeschäftigung. Ebenso erlebte Österreich den Konjunkturaufschwung, der bereits 1920 und damit nach dem Ende des internationalen Nachkriegsbooms einsetzte. Mit einem kurzfristigen Exportboom, der auf dem Ausverkauf der tief unter den Weltmarktpreisen liegenden österreichischen Waren und Dienstleistungen an das Ausland beruhte, kehrte auch in der Alpenrepublik für rund

170 Vgl. GREVELHÖRSTER, Kleine Geschichte, S. 84.

171 ZWEIG, Die Welt, S. 333. Vgl. zu Berlin auch KÖHLER, Berlin, S. 836. Sowie NIEHUSS, Merith: »Lebensweise und Familie in der Inflationszeit«, in: FELDMAN, Gerald D. et al., Die Anpassung an die Inflation, Berlin/New York 1986, S. 237–265, hier S. 252.

172 Vgl. PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 110. Vgl. auch LANGE, Berlin in der Weimarer Republik, S. 343. WEBER, Zusammenbruch, S. 29.

173 Vgl. GREVELHÖRSTER, Kleine Geschichte, S. 85. Mit Blick auf Österreich vgl. WEBER, Zusammenbruch, S. 16.

zwei Jahre (1920/21) ein Zustand struktureller Nicht-Arbeitslosigkeit ein.¹⁷⁴ Dem Wirtschaftshistoriker Herbert MATIS zufolge herrschte in Österreich eine »Ausverkaufsstimmung«, die eine Scheinkonjunktur herbeiführte. Diese bewirkte zwar sinkende Arbeitslosenzahlen, barg jedoch bei anhaltender Inflation auch die Gefahr von Fehlinvestitionen und einer Fortsetzung (des bereits zu Kriegszeiten vorherrschenden) wirtschaftlichen Substanzverzehr.¹⁷⁵ Notwendige strukturelle Anpassungen an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten wurden durch die andauernde Geldentwertung und den Exportboom vielfach aufgeschoben oder blieben vollständig aus.

Die Konjunkturbelebung infolge des Währungsverfalls brachte einen geradezu fieberhaften Spekulationsboom mit sich. All jene, die noch über finanzielle Mittel verfügten, trachteten danach, ihr Vermögen vor der weiteren Entwertung zu schützen, indem sie ihren Geldbesitz in Wertpapieren und Devisen anlegten. Dementsprechend setzte an der Börse ein starker Anstieg der Aktienkurse ein. MADERTHANER veranschaulicht die große Hausse in Österreich, bei der große Teile der Bevölkerung ins Spekulationsgeschäft einstiegen und die Gewinne in einem hemmungslosen Luxuskonsum mündeten:

»Die Börse spekulierte auf das kontinuierliche Sinken der Krone, deren Kurs ins Bodenlose fiel und dem Niedergang ihrer Kaufkraft vauseilte. Die Diskrepanz zwischen Kurs und Kaufkraft der Krone drückte sich in den tief unter den Weltmarktpreisen liegenden Inlandspreisen österreichischer Waren aus, der Exportspekulation waren Tür und Tor geöffnet. Jeder, der mit ausländischem Geld Waren ankauft, konnte – mit Hilfe einer um ihre materielle Existenz kämpfenden und daher korruptionsanfälligen Bürokratie – außergewöhnliche Export- und Surplus-Profiten realisieren. Die Zeit des großen Ausverkaufs hatte begonnen, ein skrupelloses *Schiebertum* hatte »Schmuck und Hausrat« des in der Inflation schwer in Mitleidenschaft gezogenen städtischen Mittelstands auf ausländischen Märkten zu höchsten Profitraten umgesetzt.«¹⁷⁶

Im Lotteriespiel der Nachkriegsjahre verstanden es vor allem die großen Kriegsgewinner, das Spekulations- und Risikogeschäft skrupellos zu nutzen. Was sie in der Kriegswirtschaft gelernt und genutzt hatten, setzten »Inflationskönige« wie Julius BARMAT (1887–1938) in Berlin und Siegmund BOSEL (1893–1942) in Wien nach dem Krieg fort: »Luftgeschäfte, Korruption, Spekulation mit der Inflation, schneller Kauf mit geliehenem Geld und zeitverzögerter Verkauf mit satten Gewinnen, alles abseits konservativer Pfade der Realwirtschaft.«¹⁷⁷ Die Emporkömmlinge und »Nouveaux riches« drangen in Wien in die Domäne der guten Gesellschaft ein und bezogen im Berliner

174 Vgl. EBD., S. 14ff. Vgl. auch PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 110f.

175 Vgl. MATIS, Notleidende Millionäre, S. 43. Ferner PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 111.

176 MADERTHANER, Wolfgang: »Zusammenbruch und ökonomische Rekonstruktion oder: Die Metaphysik der Haifische«, in: KONRAD, 1918–2018, S. 43–46, hier S. 44. Siehe auch DERS., Von der Zeit, S. 350f.

177 PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 112. Vgl. ausführlich zu den Kriegsgewinnlern und Inflationsspekulanten in Wien und Berlin EBD., S. 112ff. MADERTHANER, Von der Zeit, S. 351ff. BERGER, Peter: »Zur Situation des österreichischen Bürgertums nach dem Ersten Weltkrieg: Tatsachen und Legenden«, in: KONRAD/MADERTHANER, Das Werden, Band 2, S. 67–86, hier S. 76ff. LANGE, Berlin in der Weimarer Republik, S. 351ff.

Tiergartenviertel die Luxusvillen der alten Großbourgeoisie. Letztere geriet im Zuge des rücksichtslosen »Raubkapitalismus« zusehends ins Hintertreffen.

Viele der an die Solidität und Sicherheit ihres Einkommens sowie Besitzes gewöhnten Repräsentanten des Berliner Großbürgertums vermochten sich, wie LANGE darlegt, an die veränderten Bedingungen und Praktiken des kapitalistischen Geschäftslebens nicht anzupassen und verloren an Reichtum und Einfluss.¹⁷⁸ Kaum anders stand es um die Vertreter der Wiener Großbourgeoisie. Hatten sie es ungeschickt angepackt, erklärt der Historiker Peter BERGER, nahmen ihnen Krieg und Inflation ein beträchtliches Stück ihres Wohlstandes oder gar ihre Existenz.¹⁷⁹ BERGER betont zugleich, dass es auch genügend anpassungsfähige Gutbürgerliche gab, die dieses Schicksal nicht ereilte und deren Geschäfte in den 1920er Jahren florierten. So standen z.B. Unternehmer und Großindustrielle »als typische Geldschuldner und Sachwertsbesitzer« mehr »auf der Gewinner- als auf der Verliererseite der Inflation«¹⁸⁰. Auf den überwiegenden Teil der Rentiers, Hausbesitzer, Geldvermögenden, Sparer und Festbesoldeten traf dies hingegen nicht zu – sie waren die Hauptgeschädigten, die tatsächlichen Verlierer der brutalen Umverteilung. Mit Blick auf zeitgenössische Berichte summiert BERGER »die zerstörerische Kraft der Geldentwertung«, mit der die materielle und ideelle Existenzgrundlage vieler Teile des Kleinbürgertums und der Mittelschichten vernichtet wurde:

»Die Inflation fraß die Renteneinkommen des Bürgertums auf. Insbesondere machte sie die Renditeversprechen von Kriegsanleihen [...] zu Makulatur. Sie annullierte Bargeldvermögen, es sei denn, man hatte rechtzeitig [...] Kronen [oder Mark] in US-Dollar umgetauscht. Die Inflation legte die Axt an bürgerliche Werte wie Redlichkeit, Sparsamkeit, Arbeitsfleiß, ja sogar Tugendhaftigkeit an [...].«¹⁸¹

Die Wiener und Berliner Mittelschichten erlitten nicht nur enorme Vermögensverluste. Der ökonomische Niedergang des Mittelstandes wurde zudem von den dahinschmelzenden sozialen Unterschieden zwischen Arbeiterschaft auf der einen und Angestellten- und Beamtenschaft auf der anderen Seite verstärkt. Schon der Krieg habe, betont EIGNER, als gesellschaftlicher Gleichmacher fungiert. Ihm zufolge trug der Kriegsalltag zu einer Nivellierung von Arbeiterschaft und unterer Mittelschicht bei, wobei er aber gleichzeitig soziale Bruchlinien zwischen diesen Bevölkerungsschichten akzentuierte.¹⁸² Besonders präsent war hierbei die Angst der Mittelschicht vor einem Absinken ins Proletariat. Nach Kriegsende setzten sich die Einkommensverschiebungen fort, sodass die Distanz zwischen den Gehältern der Angestellten und Beamten und den Löhnen der Arbeiter weiter abnahm. Wie weit die Gehälter der Angestellten und Beamten vom Vor-

178 Vgl. EBD., S. 351.

179 Vgl. BERGER, Zur Situation, S. 86.

180 SANDGRUBER, Roman: Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995, S. 358. BERGER, Zur Situation, S. 74. Vgl. hierzu auch PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 106f.

181 BERGER, Zur Situation, S. 74.

182 EIGNER, Umsturz (oben Kapitel IV, Anm. 130). Hierzu auch KOCKA, Jürgen: »Weltkrieg und Mittelstand: Handwerker und Angestellte in Deutschland 1914–1918«, in: *Francia: Forschungen zur westeuropäischen Geschichte* 2 (1974), S. 431–457, hier S. 439. Mit Bezug zur Nachkriegszeit vgl. EBD., S. 454ff. Hierzu auch WINKLER, Von der Revolution, S. 155.

kriegsniveau entfernt waren, veranschaulicht Claudius TORP in seiner Studie über die Konsumverhältnisse in der Weimarer Republik. »Ein verheirateter Bankangestellter mit zwei Kindern und im zehnten Berufsjahr erhielt im Durchschnitt der Jahre 1920 bis 1922 zwischen 66 und 70 Prozent seines Vorkriegsverdienstes.«¹⁸³ Die höheren und mittleren Beamten habe es noch härter getroffen. Sie erreichten in den Nachkriegsjahren bis 1922 nur noch 37 bzw. fünfzig Prozent ihres Einkommens von 1913. In vielen bürgerlichen Familien fiel – wenn der Krieg nicht schon dazu geführt hatte – »das alte Tabu, daß die Frau nicht mitarbeiten dürfte«¹⁸⁴. Mit den schwindenden Einkommen, den vernichteten Ersparnissen und der rapide zunehmenden Not begannen viele Angehörige des Mittelstandes ihr Hab und Gut zu veräußern. »Was entbehrlich und verkäuflich war«, so LANGE, »nahm den Weg zum Trödler oder Pfandleiher oder wurde in dunklen Häusereingängen verramscht.«¹⁸⁵

Die Nutznießer der Mittelstandsnot waren vor allem die valutakräftigen Besucher aus dem Ausland, von denen die beiden Hauptstädte geradezu überschwemmt wurden. Die niedrigen Preise ausnutzend kauften sie wie auf einem Basar die städtischen Ladengeschäfte leer. »[... S]tattliche Massen von Ausländern nützten die Konjunktur, um sich an dem zuckenden Kadaver der österreichischen Krone anzufressen«, empörte sich Stefan ZWEIG über den riesigen Ausverkauf der Werte. »Alle Hotels in Wien waren von diesen Aasgeiern überfüllt«, so ZWEIG weiter, »sie kauften alles, von der Zahnbürste bis zum Landgut, sie räumten die Sammlungen von Privaten und die Antiquitätengeschäfte aus, ehe die Besitzer in ihrer Bedrängnis merkten, wie sehr sie beraubt und bestohlen wurden.«¹⁸⁶ Viele Angehörige der Mittelschichten standen im Zuge der Inflation bildlich gesprochen bald vor dem Nichts und kämpften um die nackte Existenz. Ihren gesellschaftlichen Status einbüßend wurden sie, »die sich vorher zivilgesellschaftlich für arme, unterbürgerliche Gruppen engagiert hatten«, nun »selbst zu Klienten des Sozialstaates, wenn nicht gar der Fürsorge«¹⁸⁷.

Die zunehmende soziale Umschichtung bedeutete nicht, dass es der Arbeiterschaft während der Inflationszeit zwangsläufig besser erging als den Mittelschichten. Es ist richtig, dass die Arbeiterschaft, wie SANDGRUBER mit Blick auf die Verhältnisse in Österreich darlegt, in der inflationären Vollbeschäftigung mit ihrer gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich gestiegenen Verhandlungsmacht Lohnerhöhungen durchsetzen konnte. Dennoch lagen auch ihre Einkommen »real weit unter dem Vorkriegsniveau und überstiegen kaum das physische Existenzminimum«¹⁸⁸. Auch in der Weimarer Republik konnten die sozialen Stabilisierungsgewinne der Arbeiter (Achtstundentag, reichliches Arbeitsplatzangebot, preisgebundene Wohnungsmieten) zwar eine generelle Verelendung verhindern, doch die Lebensqualität der Vorkriegszeit stellten sie nicht wieder

183 TORP, Konsum, S. 31. Vgl. auch KOCKA, Klassengesellschaft, S. 73f. Ferner FLEMMING/ULRICH, Heimatfront, S. 217.

184 LANGE, Berlin in der Weimarer Republik, S. 428.

185 EBD., S. 428, ferner S. 348. Vgl. auch LAWRENCE, Material pressures, S. 252.

186 ZWEIG, Die Welt, S. 334. Vgl. auch MATIS, Notleidende Millionäre, S. 46. Ähnlich schilderte auch LANGE die Situation in Berlin. Vgl. DIES., Berlin in der Weimarer Republik, S. 339f.

187 HAMMERSCHMIDT, Die bürgerliche Frauenbewegung, S. 33.

188 SANDGRUBER, Ökonomie, S. 357. Vgl. hierzu auch KOCKA, Klassengesellschaft, S. 17. WINKLER, Von der Revolution, S. 155.

her.¹⁸⁹ Spätestens als die Inflation in Hyperinflation umschlug, wurde die beschleunigte Teuerung auch für die Arbeitermassen zu einem sozialen Alptraum. Nachdem die Geldentwertung nahezu drei Jahre lang im Tempo der Kriegsinflation weiterging, brachen im österreichischen Staat ab Mai 1922 schließlich die Dämme. In der nun einsetzenden Phase der Hyperinflation verlor die Krone zusehends ihre Funktion als Zahlungsmittel:

»Der Index des Außenwertes der Krone (1914 = 1), der im Mai bei 1.913 gelegen war, stieg bis September 1922 bis auf 15.123, das heißt, er war auf mehr als ein Fünfzehntausendstel seines Vorkriegswertes gesunken. Die massive Geldentwertung gegenüber dem Ausland fand im Inland ihre Entsprechung: Der Lebenshaltungskostenindex (1914 = 1) wuchs im selben Zeitraum von 1.364 auf 14.153 an. Damit konnte die zeitlich verzögerte indexgebundene Angleichung der Löhne nicht Schritt halten: Die Kosten und Preise stiegen so rasch, dass dies durch Lohnanpassungen nicht ausgeglichen werden konnte.«¹⁹⁰

Der Kleinstaat war faktisch bankrott. Während die »notleidenden Millionäre« Österreichs ihre Löhne und Gehälter in Aktentaschen, Rucksäcken und Wäschekörben nach Hause transportierten und gezwungen waren, ihr von Tag zu Tag an Wert verlierendes Geld möglichst rasch auszugeben, musste sich die österreichische Politik eingestehen, dass sämtliche Sanierungspläne und Selbsthilfeaktionen wirkungslose Unterfangen waren.¹⁹¹ Österreich hatte sich lange vergeblich an die Hoffnung auf Hilfe aus dem Ausland geklammert, doch die ersehnten Auslandskredite wurden aufgrund des im Vertrag von St. Germain festgeschriebenen Generalpfandrechts der Siegermächte auf alle Besitzungen und Staatseinnahmequellen bislang nicht gewährt. In der verzweifelten Situation des Sommers 1922 unternahm der Ende Mai 1922 zum neuen Bundeskanzler gewählte Obmann der Christlichsozialen Partei Ignaz SEIPEL (1876–1932) einen neuerlichen Versuch, die Signatarstaaten des Vertrages von St. Germain von der zwingenden Notwendigkeit ausländischer Hilfe zu überzeugen, indem er das ökonomische Problem der Alpenrepublik zu einem politischen Problem Mitteleuropas umdefinierte.¹⁹² Durch seine unlösbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei Österreich nun gezwungen, die Anlehnung an ein größeres Wirtschaftsgebiet zu suchen. Dies aber gefährde den politischen Status quo in Mitteleuropa und somit das in Paris ausgehandelte Friedensvertragswerk. SEIPELS Vorgehen erfüllte schließlich seinen Zweck:

»Tatsächlich gelang es ihm [SEIPEL] auf diese Weise, die politischen Kräfte in Europa zum Handeln zu bewegen und in der Folge die Zusage des Völkerbunds zu erlangen,

189 Vgl. KLUGE, Weimarer Republik, S. 84. So lag der Realwochenlohn der gelernten Arbeiter zwischen 1919 und 1922 im Durchschnitt bei nur 76 Prozent des Vorkriegsniveaus, im Hyperinflationjahr 1923 sank er auf 62 Prozent. Vgl. TORP, Konsum, S. 30f.

190 MATIS, Notleidende Millionäre, S. 46. Vgl. auch WEBER, Zusammenbruch, S. 23.

191 Vgl. MATIS, Notleidende Millionäre, S. 46. Die hier in aller Kürze wiedergegebenen Entwicklungen auf der politischen Bühne werden u.a. von RAUSCHER ausführlich dargestellt. Vgl. hierzu DERS., Die verzweifelte Republik, S. 172ff.

192 Vgl. HANISCH, Der lange Schatten, S. 282. Zu den folgenden Ausführungen vgl. auch MATIS, Notleidende Millionäre, S. 46ff.

Österreich eine Anleihe zu gewähren. Die Unterzeichnung der drei Genfer Protokolle am 4. Oktober 1922 durch Großbritannien, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei sicherte Österreich eine Anleihe von 650 Millionen Goldkronen zu. Im Gegenzug verpflichtete sich Österreich, seine Unabhängigkeit nicht aufzugeben, binnen eines Monats ein Reform- und Sanierungskonzept vorzulegen und das Gleichgewicht im Staatshaushalt binnen zwei Jahren herzustellen.¹⁹³

In der Folge setzte der Bundeskanzler sein Sanierungswerk um, das gemeinsam mit den Genfer »Unheilsprotokollen« seitens der Sozialdemokraten heftig kritisiert wurde. Mit der Einführung neuer Steuern und Steuererhöhungen, dem Abbau des Verwaltungsapparats und der Schaffung einer nationalen Notenbank gelang der Genfer Sanierung die Stabilisierung der Währung und der Staatsfinanzen. Sie blieb jedoch »Stückwerk«, erklärt HANISCH, da mit ihr eine Instandsetzung der Volkswirtschaft nicht einherging.¹⁹⁴ In den Jahren nach 1922 sollte sich die österreichische Wirtschaft nur sehr langsam und nicht ohne Rückschläge erholen.

Während die Geldentwertung in Österreich ihr Ende fand, »galoppierte« die Inflation im deutschen Nachbarland seit Mitte des Jahres 1922 und schlug spätestens mit der Ruhrbesetzung¹⁹⁵ im Juni 1923 in eine Hyperinflation um. Das ganze Leben in Berlin richtete sich mittlerweile nach dem Dollarkurs. Nach den Ausführungen von LANGE kursierten ab Juni 1922 die ersten 10.000-Mark-Scheine. Seither hatten sich die Menschen daran zu gewöhnen, »beim kleinsten Einkauf erst mit Zehn-, dann mit Hunderttausenden, dann mit Millionen, mit Milliarden, schließlich mit Billionen zu rechnen, und der Irrsinn«, so LANGE, »wollte und wollte kein Ende nehmen«¹⁹⁶. Die Lebenshaltungskosten stiegen 1922/23 schwindelerregend an. Zahlte eine fünfköpfige Berliner Familie im Sommer 1922 für Ernährung, Heizung, Wohnung und Kleidung das 41-fache des Vorkriegsjahres 1913, war es im Dezember 1922 bereits das 605fache und im Februar 1923 das 2.643fache.¹⁹⁷ Die Talfahrt der deutschen Währung, in die immer mehr in- und ausländische Kapitalbesitzer das Vertrauen verloren, war trotz zwischenzeitlicher Stützungsversuche der Reichsbank nicht mehr aufzuhalten. In der Phase der Hyperinflation sank der Wert der Währung schließlich ins Bodenlose. Die anhaltende Flucht in den steil ansteigenden Dollar sowie in Sachwerte und Immobilien nahm ungehemmt zu. Sowohl Löhne und Gehälter als auch Pensionen und Unterstützungszahlungen fielen weit hinter die Teuerungsrate zurück.¹⁹⁸ Anfang Januar 1923 zahlten die Berliner für ein Kilogramm Roggenbrot noch 163 Mark, Anfang September bereits 273.684 Mark, und Anfang November schlussendlich 78 Milliarden Mark.¹⁹⁹ Das Geld verlor täglich und bald fast stünd-

193 EBD., S. 47.

194 Vgl. HANISCH, *Der lange Schatten*, S. 283.

195 Da Deutschland seine Reparationsverpflichtungen aufgrund der Inflation nicht mehr erfüllen konnte, marschierten Anfang Januar 1923 französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die deutsche Regierung rief daraufhin zu »passiven Widerstand« auf. Die hieran anschließenden Streiks und Produktionsausfälle brachten die deutsche Wirtschaft zum Erliegen. Hierzu ausführlich u.a. KLUGE, *Weimarer Republik*, S. 74ff.

196 LANGE, *Berlin in der Weimarer Republik*, S. 338.

197 Vgl. EBD., S. 425f. Vgl. auch Börs, *Die Not*, S. 10.

198 Vgl. GLATZER, *Berlin zur Weimarer Zeit*, S. 116. GREVELHÖRSTER, *Kleine Geschichte*, S. 85.

199 Vgl. EBD., S. 84. Vgl. auch KILIAN, *Die unbekannt Winterhilfe*, S. 35.

lich an Wert. Am Ende konnte es seine Funktion als Berechnungsgröße, als Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel nicht mehr erfüllen.²⁰⁰ Der heillose Spuk konnte letztendlich nur noch durch einen harten Währungsschnitt beendet werden. Die seit Mitte August 1923 vom Nationalliberalen Gustav STRESEMANN (1878–1929) geführte neue Große Koalition leitete eine Währungsreform und damit die Rückkehr zu einer stabilen Währung ein. Eine deutsche Rentenbank wurde errichtet, die zur Überwindung der Inflation ab dem 15. November 1923 die »Rentenmark« als neues Zahlungsmittel herausgab.²⁰¹ Mit der Übergangswährung, die im Sommer 1924 im Rahmen des DAWES-Plans²⁰² von der goldgedeckten Reichsmark abgelöst wurde, galt die äußerste Sparsamkeit als das Gebot der Stunde. Wie in Österreich wurden neue und höhere Steuern zur Sicherung regelmäßiger Einnahmen eingeführt, erfolgten ein beispielloser Personalabbau im öffentlichen Dienst und drastische Kürzungen der Löhne und Gehälter. Für die deutsche Hauptstadt, die bereits zu Beginn des Hyperinflationsjahres mit über 71.000 Erwerbslosen eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote vorwies, brachte die Sanierungspolitik eine erneute sprunghafte Steigerung der Arbeitslosigkeit (360.000 Erwerbslose gegen Ende November 1923), die in den Jahren der Stabilisierung und des konjunkturellen Aufschwungs zwar wieder sank, aber dennoch chronisch bleiben sollte.²⁰³

Mit der Währungskatastrophe in Österreich und Deutschland nahmen die Not und das Elend in Wien und Berlin ein erschütterndes Ausmaß an. Der Berliner Oberbürgermeister BÖß betonte in seiner Darstellung der Berliner Notverhältnisse um 1922/23, dass sich infolge der verbreiteten Verarmung das Augenmaß bei der Beurteilung der Elendserscheinungen gegenüber früheren Zeiten verändert habe: »Was früher schon als größte Not erschien, gilt heute noch als erträglich[.]«²⁰⁴ Der durch die Hyperinflation nochmals verstärkte Verarmungsprozess erreichte in beiden Städten nahezu alle Schichten der Bevölkerung. Die Einschränkung der Lebenshaltung machte vor kaum jemanden Halt – vor den Beamten und Angestellten nicht, vor den Arbeitern nicht und auch nicht vor den kleinen Gewerbetreibenden, Handwerkern und Angehörigen der freien Berufe. Alle diese Schichten sanken unaufhörlich tiefer in ihrer Lebenshaltung und jede neue Teuerungswelle zwang sie zu weiteren Abstrichen und Entbehrungen.²⁰⁵ Am schlimmsten

200 Vgl. GREVELHÖRSTER, *Kleine Geschichte*, S. 84.

201 Zu diesem Zeitpunkt verfügte Deutschland nicht über entsprechende Gold- und Devisenvorräte. Damit die Rentenmark gedeckt werden konnte, galt es, den gesamten deutschen Grundbesitz, den Handel und die Industrie mit einer Hypothek in Höhe von 3.200 Millionen Rentenmark zu belasten. Die Rentenbank gab auf diesen Gegenwert 2.400 Millionen Rentenmarknoten aus. Der Wechselkurs einer Rentenmark wurde mit einer Billion Papiermark festgesetzt. Entsprechend des Vorkriegsstandes entsprachen 4,2 Rentenmark einem Dollar. Vgl. hierzu EBD., S. 96.

202 Mit dem Ziel, die Reparationsfrage zu entpolitisieren und unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlich Machbaren zu betrachten, legte ein internationaler Sachverständigenausschuss unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles G. DAWES (1865–1951) im April 1924 einen neuen Finanzierungsplan vor, nach dem Deutschland seine Reparationszahlungen künftig in Abhängigkeit von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit leisten sollte. Vgl. u.a. EBD., S. 102ff.

203 Zu den Erwerbslosenzahlen in Berlin vgl. LANGE, *Berlin in der Weimarer Republik*, S. 426 und S. 468. Sowie DEMPS/MATERNA, *Geschichte Berlins*, S. 579 und S. 581.

204 BÖß, *Die Not*, S. 13.

205 Vgl. EBD.

stand es, so betonten zeitgenössische Berichte fast gleichlautend, um die erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Dauerarbeitslosen und Erwerbsbeschränkten, Rentnern sowie alleinstehenden älteren Frauen (vor allem des gebildeten Bürgertums). Für die meisten dieser Bevölkerungsgruppen attestierte die Berliner Sozialarbeiterin Siddy WRONSKY bereits für das Jahr 1920 »gefährliche Armuterscheinungen«. ²⁰⁶ Ihre traurige Lage nahm im letzten Inflationsjahr dramatisch zu. Sie alle waren auf Unterstützungszahlungen und Beihilfen angewiesen, die in Zeiten der täglichen und zum Schluss stündlichen Geldentwertung in viel zu großen Abständen ausgezahlt wurden. Die kommunalen Behörden waren mittlerweile vollkommen überfordert und außerstande, den laufend neuen Verordnungen Folge zu leisten. ²⁰⁷ In dieser »blutarmen Elendszeit« ²⁰⁸ versuchten zahlreiche Frauen vor allem durch die Prostitution ihrer Existenznot zu entfliehen. Dabei gehörten die Betroffenen schon lange nicht mehr nur zu den unteren Schichten. ²⁰⁹ Der Anteil von Arbeiterinnen und insbesondere von Frauen aus den Mittelschichten in der Geheim- und Gelegenheitsprostitution nahm signifikant zu. Überdies trieb die wirtschaftliche Not viele Menschen so sehr zur Verzweiflung, dass diese nur noch den Ausweg im Freitod sahen. ²¹⁰ So nahmen sich in Berlin auf dem Höhepunkt der Inflation bis zu fünfzehn Menschen täglich das Leben.

Die Inflation hatte schließlich verheerende Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Mit ihr verschärften sich, so Ulrich KLUGE, »innergesellschaftliche Spannungen [...] zwischen den Generationen und Geschlechtern, zwischen Angestellten, Beamten und Arbeitern, zwischen Gelernten und Ungelernten innerhalb der Arbeiterschaft sowie zwischen Menschen, die im Erwerbsleben standen und denen, die auf dem Arbeitsmarkt chancenlos blieben« ²¹¹. Die anwachsenden Massen derer, die dem Elend und der Not völlig hilflos ausgeliefert waren, führte mehr und mehr zu einem Abstumpfen des Mitleids. Die nackte Selbsterhaltung habe die Menschen, resümierte LANGE, zu Hartherzigkeit und Rohheit getrieben. ²¹² In ihrer Verzweiflung griffen immer mehr Berliner und Wiener zu Selbsthilfeaktionen, die immer seltener gesetzeskonform waren. Die eigenmächtige Brennholzbeschaffung in den Berliner Grünanlagen und im Wienerwald, das Fälschen von Lebensmittelkarten, Hamsterei und Schleich- bzw. Straßenhandel, kleinere und größere Diebstähle, Plünderungen und Zerstörungen von Geschäften, Körperverletzungen im Zuge von Teuerungskrawallen und Lebensmittelunruhen – die großstädtische »Inflationskriminalität« und der damit verbundene Werteverfall hatten im Wien und Berlin der Nachkriegszeit Hochkonjunktur. Die nach dem Krieg und in der Inflation anhaltenden Versorgungs- und Verteilungskämpfe waren Ausdruck des herrschenden nackten Hungers, der im Vergleich zur Kriegszeit insbesondere in Wien eine nochmalige Steigerung erfuhr.

206 Vgl. NIEHUSS, *Lebensweise*, S. 253.

207 Vgl. WETZEL, Jürgen: »Die Inflation in Berlin 1923«, in: *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 20 (2020), S. 32–41, hier S. 36.

208 FALLADA, Hans: *Wolf unter Wölfen*, Berlin 2004, S. 175.

209 Vgl. PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 293f. WEBER, *Zusammenbruch*, S. 28. LANGE, *Berlin in der Weimarer Republik*, S. 429.

210 Vgl. WETZEL, *Die Inflation*, S. 37.

211 KLUGE, *Weimarer Republik*, S. 84.

212 Vgl. LANGE, *Berlin in der Weimarer Republik*, S. 429.